



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1908**

40 (24.1.1908) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-331947](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-331947)



# General-Anzeiger



Abonnement:

70 Pfennig monatlich.  
Viergesunden 28 Bg. monatlich,  
durch die Post bez. incl. Post-  
ausgaben N. 2.42 pro Quartal.  
Einzel-Nummern 6 Bg.

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

## Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Gleiseste und verbreitetste Zeitung  
in Mannheim und Umgebung.

Täglich 2 Ausgaben  
(ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbüros  
in Berlin und Karlsruhe.

Telegraphen-Adresse:

„Journal Mannheim“.

Telefon-Nummern:

Direktion u. Buchhaltung 1440

Druckerei-Bureau (An-

nahmen-Druckarbeiten) 841

Redaktion . . . . . 877

Expedition und Verlags-

buchhandlung . . . . . 818

Nr. 40.

Freitag, 24. Januar 1908.

(Abendblatt.)

### Prof. Ehrhardt gegen die Enzyklika.

In Nr. 3 der „Internationalen Wochenschrift für Wissen-  
schaft, Kunst und Technik“ nimmt nun auch Prof. Albert  
Ehrhardt, der bekannte Straßburger katholische Theologe  
und Freund Schells, das Wort zur Enzyklika Pascendi.  
Es ist sehr bezeichnend, daß die „Germ.“ die Abhandlung fast  
wörtlich wiedergibt, trotzdem hier zum ersten Male aus katho-  
lischem Gelehrtenmund ein liberales Urteil über  
die Streifschicht des jetzigen Papstes gefällt wird. Zunächst  
konstatiert der Gelehrte, der so mutig bei aller Vorsicht noch  
nie gesprochen hat, einen großen Gegensatz zwischen dem Ton  
und der Diktion der Enzyklika und den lehramtlichen Dar-  
legungen Leo's XIII. Der Ton der Enzyklika sei kein väter-  
licher; sie enthalte Sätze wie folgende: „Wir müssen den  
Modernisten die Maske herunterreißen.“ — „An den Klerikal-  
seminaren und Universitäten lauern sie auf Professoren, um  
sie zulebends in Verführung des Verderbens zu verkehren.“ —  
damit lasse sich der echt christliche Ausspruch, der diesen Sätzen  
vorangehe: daß über das Innere ihres Herzens Gott allein  
richte — nicht vernehmen. Prof. Ehrhardt hat demgegenüber  
Trost in der Annahme, daß die literarische Form nicht vom  
Papst selbst herrühre. Den Modernismus erklärt auch er  
mit dem katholischen Dogma für nicht vereinbar. Aber nach  
dieser Zustimmung zum Bannfluch in ganzen drei Zeilen  
widmet er fast vier Spalten der Gefahr, die die Enzyklika für  
die katholische, moderne Wissenschaft an Deutschlands Hoch-  
schulen bedeutet.

Was die tiefgehende Aufregung und Verunsicherung weiter  
kreife in Deutschland verursacht hat, was insbesondere die Stellung  
der katholisch-theologischen Fakultäten an den deutschen Universi-  
täten in hohem Maße gefährdet, das sind die praktischen  
Maßnahmen, die der dritte Teil der Enzyklika getroffen hat,  
als Mittel, wodurch das Unheil des Modernismus abgewendet wer-  
den soll. . . . Was bei diesen Maßnahmen in hohem Maße übersehen  
ist, zunächst ihre Ausdehnung über die Grenzen des in dem  
ersten Teil der Enzyklika ausführlich dargestellten Modernismus  
hinaus auf „Angehörigen und Spuren“ des Modernismus,  
auf Schriften, die vom Modernismus „angehaucht“, angeleitet  
sind oder ihn fördern“, auf „alles, was nach Modernismus jähmt.“  
Damit entzieht die unmittelbare Gefahr, daß jeder Wille die  
Ker geöffnet werde. . . . Wie sollen wir aber unseren Kollegen  
gegenüber Maßnahmen rechtfertigen oder ihnen auch nur plan-  
mäßig machen können, die in einem so schreienden Wider-  
spruch teils mit der allgemein gültigen Auffassung des  
Lehramts an der Universität, teils mit dem sittlichen  
Empfinden von Dozenten und Studenten, teils sogar mit der  
persönlichen Ehre des katholischen Theologieprofessors stehen,  
wie einzelne der oben erwähnten Bestimmungen über das Zensoren-  
wesen, das ganze Institut der Aufsichtsböden, der zur Pflicht  
gemacht wird, bis in die Vorlesungen hinein zu dringen, deutlich  
gesprochen, Denunzianten unter den Theologiestudenten zu  
gewinnen, und die daher schließlich den katholischen Theologiepro-  
fessor unter geistliche Kuratel stellt. Ist man die letzten  
einen seiner Kirche von Herzen ergebenen Katholiken tief beschämenden  
Urteile über diese Maßnahmen nicht wiedergebend, die man oft  
genug übernehmen kann; ist jedoch aber, daß ich sie nicht als un-  
berechtigt zurückzuweisen vermag.

Prof. Ehrhardt verbeißt sich im Anschluß daran über  
die tieferen Gründe, die zum Erlaß der Enzyklika geführt

haben. Es handle sich um eine Krise in der katholischen  
Theologie, die seit geraumer Zeit besteht und durch die jüng-  
sten Ereignisse nur vor aller Welt bloßgelegt worden sei:

„Die katholische Kirche der Gegenwart hat wohl ein einheit-  
liches Dogma; sie besitzt aber keine einheitliche Theologie. Es  
kämpfen vielmehr zwei feindliche Theologien in ihrem Schoße um  
die Vorherrschaft; die scholastische und die moderne. Im Verlaufe  
des 19. Jahrhunderts hat sich der Kampf zugespitzt, bis er in unseren  
Tagen den unheilvollen Charakter eines Kampfes auf Leben und  
Tod angenommen hat.“

Der Streit erscheint ihm durch die Enzyklika mit nichten  
entschieden, weil ihm der Modernismus nur als eine Rich-  
tung innerhalb der modernen Theologie gilt. Zugleich mott  
er aber ein trübes Bild für den Fall, daß der theologischen  
Forschung in Deutschland tatsächlich durch die Enzyklika der  
Lebensadern durchschnitten werden sollte. Es würde daselbe  
eintreten wie in Frankreich und Italien; unter der Ueber-  
lastung mit jesuit. Scholastik würde sich wie dort ein völliger  
Bruch zwischen Katholizismus und dem Geistesleben der  
Nation vollziehen. Die katholisch-theologischen  
Fakultäten würden auch in Deutschland verschwin-  
den müssen, wie sie in Frankreich und Italien bereits ver-  
schwunden sind. Prof. Ehrhardt hält es für eine heilige  
Pflicht, auf diese Gefahr hinzuweisen, bevor die entscheidenden  
Maßnahmen getroffen sind. „Siehe, die Füße derer, die sie be-  
graben wollen, stehen schon vor der Tür“. Der Anfang vom  
Ende ist da!

Man sieht, so ist die katholische Bewegung  
noch nicht. Aber gleichviel, ob man berechtigt ist oder die  
Reinigung hat, für die katholische Wissenschaft von neuem zu  
hoffen; gleichviel, ob sich aus dem Warnungsruf des Straß-  
burger Professors ein neuer Fall Ehrhardt entwickeln wird  
oder nicht — das ist Tatsache: zum ersten Male hat ein katho-  
lischer Gelehrter die Konsequenzen zu Ende gedacht, die die  
Durchführung der Enzyklika, so wie sie gewollt ist, für die  
katholischen Fakultäten an den deutschen Hochschulen unter  
allen Umständen haben muß. Daß die Generalkonferenzen für  
die preussischen Diözesen die Ueberwachungsgröße bilden und  
keine besonderen Senjoren ernannt werden sollen, wie jetzt  
die „Germ.“ meldet, läßt wenigstens beim preussischen Epis-  
kopat auf ein gewisses Besinnen und Zögern schließen.

### Politische Uebersicht.

\* Mannheim, 24. Januar 1908.

#### In Sachen Dr. Peters.

Der Prozeß, den Dr. Karl Peters gegen den Gouverneur  
a. D. von Bennigsen angezettelt hat, hat mit einer Verurteilung  
des Angeklagten zu 100 M. Geldstrafe geendet. Auf  
diese Verurteilung ist Herr v. Bennigsen wohl gefaßt gewesen;  
als Jurist hat er sich vermutlich selbst gesagt, daß er schon aus  
formalen Gründen auf keinen Preispruch zu rechnen hatte.  
Im übrigen ist eine vollkommene Aufklärung und Aufhellung  
des leidigen Handels auch diesmal nicht erfolgt. Es ist er-  
wiesen (was ohnehin schon bekannt war), daß der Zwiefried

nicht existiert hat und es ist ferner erwiesen, daß auch ein  
ähnlicher Brief nicht geschrieben worden ist. Aber in Bezug  
auf die anderen Dinge ist es, was man im Interesse des Herrn  
Dr. Peters ja bedauern mag, bei dem noch nicht geklärt.  
Es ist nicht bewiesen, daß geschlechtliche Motive bei den bekann-  
ten Hinrichtungen mitgespielt haben; aber leider wird auch  
das Gegenteil nicht unambigüel darzulegen und so wird es  
in diesen Stücken nach wie vor zwei Parteien geben und jede  
wird glauben, was ihr in Anbetracht aller Nebenumstände  
als glaubwürdig erscheinen wird. Diese Nebenumstände sind  
durch die Kölner Beweisaufnahme zudem um manche nicht  
gerade erfreuliche Episode bereichert worden und so recht-  
fertigt sich der Wunsch, daß endlich einmal unter die allgemach  
müde gehende Affäre ein bider Strich gezogen wird. Man  
sollte nicht immer wieder heranzogern, was, wenn es geschah,  
langst verjährt. Aber man soll auch drüber Ruhe geben und  
mit den aufdringlichen Morifizierungsversuchen endlich auf-  
hören. Gewiß ist dem Dr. Karl Peters, der ohne Frage um  
die Nation sich erhebliche Verdienste erworben hat, manche Un-  
bill widerfahren. In der Hauptsache indes hat das Schicksal  
ihn wohl richtig geführt. Ihn und uns; zu einem hohen Ver-  
waltungsposten hätte dieser Mann trotz seiner großen und  
schönen Gaben sich wohl nie geeignet. Nun aber hat er die  
Fünftzig überschritten und es wird Zeit, daß der gärende Mott  
einen Wein gibt. Darum wünschen wir aufrichtig, daß nach  
all der bunten Wirren seines Lebens, nach Göt und Göt ihm  
jetzt die Jahre stiller Reife anbrechen mögen. Denn wir sind  
überzeugt, Karl Peters, der zu den besten Publizisten der  
Deutschen gehört, hat, wenn er sich diszipliniert, und noch  
manches zu sagen. Es muß ja nicht gerade von der Reichs-  
tagstribüne aus sein.

#### Die freisinnige Vereinigung und der Bloß.

Zu der bekannten Resolution der freisinnigen Vereini-  
gung, die Bülow eine deutliche Mißtrauensfundi-  
gung zudeutet, schreibt die „Liberalen Korrespondenz“, das  
offizielle Organ der freisinnigen Vereinigung:

Der Gesamtvorstand, dessen Sitzung aus allen Teilen des  
Reiches, mit Ausnahme der süddeutschen Bundesstaaten, sehr gut  
besucht war, nahm nach lebhafter Debatte, die zu einer fast volligen  
Uebereinstimmung in der sachlichen Beurteilung der politischen  
Situation führte, die obige Resolution gegen eine Stimme an.  
Zahlreiche Depeschen und Briefe aus allen Gegenden, insbesondere  
von den am Erscheinen verhinderten Vorstandsmitgliedern und aus  
Süddeutschland legten Zeugnis ab von der tiefgehenden Erregung,  
die sich anlässlich der Wahlrechtsklärung des Fürsten Bülow bei  
Parteifreunde bemächtigt hat.

Demgegenüber schreibt die auf dem Boden der Frei-  
sinnigen Vereinigung stehende „Lanziger Zig“:

„Daß nur eine Stimme dagegen gewesen sei, ist unrichtig;  
es waren drei. Das aber nur nebenbei. Jedemfalls wäre es  
salfsch, wenn man aus Notizen des „Berl. Tagebl.“ etwa schließen  
wollte, die radikalen Elemente hätten Oberwasser  
gehabt oder bekommen. Freilich schlie es ja nicht an Neuzugewinnen  
aus radikalen Berliner Kreisen, die zu radikalen Maßnahmen dräng-  
ten, ohne jedoch Rücksicht auf fernere Verhältnisse des großen Volks,  
des Reinen Volks (der linksliberalen Parteien) und selbst der Ein-  
heit der eigenen Partei. Aber die besonnenen Elemente über er-  
wogen bei weitem, und bei allem Haum über die ungewislich

den auch Fräulein Valerie Wollon v. Lobenstein das Ehebe-  
fähigkeitszeugnis, reiste sofort nach Bamberg und wurde durch  
den dortigen Erzbischof mit dem Prinzen Schönburg-Waldenburg  
getraut. Der Prinz lebt seit 1901 von Prinzessin Bourbon  
getrennt. Der Papst hat im Jahre 1908 diese Ehe als gelöst  
erklärt. Für den Stadtrat Straß waren natürlich nur die Be-  
stimmungen des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches maß-  
gebend. In seiner Vermählung mit Fräulein v. Lobenstein er-  
hielt nun der Prinz Schönburg-Waldenburg für sich und seine  
zweite Gattin den doppelten päpstlichen Segen. Der Prinz steht  
im 36. Lebensjahr, ist seit 8. Juni 1865 katholisch, Besitzer ver-  
schiedener kirchlicher Orden und war seit April 1897 mit Prinz-  
essin Bourbon vermählt.

#### Beiträge zur Frauenfrage.

##### Kunstausstellung für Frauenberufe

L. 12, 18 3. Stod.

Sprechstunde: Mittwochs von 10-11.

Im Verein für jüdische Geschichte und Literatur sprach am  
Montagabend Frau Johanna Wolff-Friedberg aus Karlsruhe  
über „Jüdische Frauenberufe in der deutschen Dichtung“. Die  
jüdischen Frauengestalten bei den Dichtern sind entweder im  
Bildungen geschichtlicher Typen oder selbstgeschaffene Charaktere.  
Wenn von jüdischen Frauen die Rede ist, so sind zunächst die Stamm-  
mütter zu betrachten. Sarah, die treue Gattin ihres Mannes,  
die sein Wirken ergänzt, die echt jüdische Mutter mit ihrem aus-  
gesprochenen Familieninn, die schöne und gütige Rebecca und die  
vom Hades so sehr geliebte Rachel. Die Geschalten der Bibel wie  
Esra, Ruth, Deborah, werden von den Dichtern immer wieder  
als Motive benutz. Die Weibchen treten dann an einem Beispiel,  
an der Heldin des Eiferbuchs, wie diese Weib zu den vertrie-  
benen Zeiten dichterisch verewert wurde; von der Eifer-Remin-  
des Hans Sachs bis zum Eifer-Fragment Kallbergers. Ferner

### Buntes Feuilleton.

— Ueber Frau von Schönebeck, die indirekte Urheberin des  
Hänsleiner Dramas, gehen der „Zit. Ztg.“, wohl aus ärzt-  
lichen Kreisen, nachstehende Mitteilungen zu: „Was für eine  
Art von Weib ist sie? Ein paar Daten zunächst. Der Vater  
war geisteskrank; mehrere Jahre brachte er im Irrenhause  
zu und starb dort schließlich an Gehirnerweichung. Die jetzige  
Frau v. Schönebeck ist bereits als Kind an hochgradigen Er-  
regungszuständen, ihr Sexualleben war nicht normal. Ihr  
Vater behandelte sie — in bester Absicht — mit Strenge und  
erzielte damit (der Psychologe versteht das ohne weiteres)  
das Gegenteil der erzielten Wirkung. Das junge Mädchen  
unternahm wiederholt Selbstversuche aus dem Elternhause.  
Ihr Zustand orientierte bereits zu ihrer Mädchenzeit wiederholt  
in tobichtartige Anfälle aus. Kurz nach ihrer Eheschließung  
mußte sie auf längere Zeit in verschiedenen Sanatorien inter-  
niert gehalten werden. Verdient es wirklich Spott, wenn man  
diese Frau auf ihren Geisteszustand untersuchen läßt? Aber  
das Bild bedarf noch der Ergänzung. Die Frau ist nicht nur  
hochgradig hysterisch veranlagt, sondern sie ist auch in bedenk-  
lichem Grade dem Morphinumgeißelt. Ein kleiner  
Zug von ihr: eines Tages weigerte sich ihr Gatte, mit ihr eine  
Gesellschaft zu besuchen; darauf nahm sie eine so große Dosis  
Morphium, daß sie an den Rand des Grabes geriet. Aus einem  
ähnlichen wichtigen Anlaß zog sie sich auch in einem zweiten  
Male eine schwere Morphinumgeißung zu. Ueberhaupt nahm  
si. ungläubliche Mengen Morphinum zu sich. Das sind einige  
Tatsachen, die man immerhin in Betracht zu ziehen hat, wenn  
man sich ein reelles Bild von ihr machen will, und die ja  
einmalermaken für die moralische Beurteilung in Betracht kom-

men. Die Fragen, ob Frau v. Schönebeck mitschuldig an der  
Erschließung ihres Gatten und wie weit sie für ihre Liebes-  
abenteuer verantwortlich zu machen ist, bleibt noch erst zu ent-  
scheiden, und man wird hier sowohl die gerichtlichen wie die  
ärztlichen Untersuchungen abwarten haben.“

— Eine interessante Eheschließung. Die „Grazer Post-  
zeitung“ schreibt: In Bamberg im bayerischen Bezirk Ober-  
bayern hat sich Prinz Bitter Friedrich Ernst Schönburg-Walden-  
burg, Sprößling eines alten Dynastengeschlechtes in Franken, mit  
Fräulein Valerie Wollon v. Lobenstein vermählt. Das 34 Jahre  
alte Fräulein Valerie Wollon v. Lobenstein, das in unserer  
Stadt in der Parlingerstraße wohnt, hatte vorjährigemal beim  
Stadtrat um die Ausstellung eines Ehefähigkeitszeugnisses an-  
gelehrt, um die eheliche rechtliche Verbindung mit dem Prinzen  
Schönburg-Waldenburg eingehen zu können. Der Stadtrat wies  
jedoch das Ansuchen auf Grund der betreffenden Bestimmungen  
des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches ab. Die geschiedene  
Gattin des Prinzen Schönburg-Waldenburg, Prinzessin  
von Bourbon, 82 Jahre alt, ist ja noch am Leben. Nach meh-  
reren obervergerichtlichen Entscheidungen, die bis in die Mitte der  
Neunzigerjahre hineinreichen, war bisher noch unsern Gelehen  
eine neue Ehe in einem solchen Maße vollständig ausgeschlossen.  
Nun aber hat der Oberste Gerichtshof in Abänderung dieser  
Spruchpraxis in der Auslegung der Paragra. 4 und 37 des All-  
gemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches (Erfordernisse bei Rechtsge-  
schäften von Oesterreichern im Auslande) entschieden, daß, sobald  
durch die Eheschließung nicht rechtliche Wirkungen in Oesterreich  
herbeigeführt werden, eine solche Ehe (in diesem Falle eine im  
Auslande zwischen einer Oesterreichin und einem ge-  
schiedenen oesterreichischen Ausländer geschlossene Ehe) gültig ist. Die  
Stadtkammer hat demnach auch dem an sie gerichteten Refus  
gegen die Ehefähigkeitsausstellung im Sinne der jüngsten Ent-  
scheidung des Obersten Gerichtshofes Folge gegeben. So erhielt



nächstliegende Art der Fälligkeitserklärung wurde von den maßgebendsten Persönlichkeiten der Partei, den bewährtesten und angesehensten Parlamentariern nicht nur, sondern auch von zahlreichen Reichstagsmitgliedern aus dem Lande auf das entschiedenste betont, daß man sich von einer Politik der Erregung fernhalten müsse, daß auch im Reich die Vorlagen, wie bisher, nicht dem Fürsten Wilson persönlich zu Liebe, aber auch nicht ihm persönlich zu Liebe, sondern rein sachlich behandelt werden müßten. Die schließlich verabschiedete Resolution mit dem Punkte eines Nichtvertrauens hat somit wohl die Bedeutung einer Warnung an den Fürsten Wilson, aber keineswegs den eines formellen Austritts aus dem sogenannten Block. Dagegen wurde von fast allen Seiten der größte Wert auf ein weiteres harmonisches Zusammenarbeiten mit den beiden übrigen linksliberalen Fraktionen gelegt und der Gedanke an eine Kooperation mit der Sozialdemokratie ausdrücklich zurückgewiesen.

Aus diesen Gesichtspunkten, und weil man erst die weitere Entwicklung der Dinge abwarten will — denn allein handelt es sich gewiß nicht um die preussische Wahlrechtsfrage, sondern um die Reichs- und die preussische Wahlrechtsfrage, und dem Vereinigungsvertrag vor allem um die parlamentarischen Einvernehmen — wurde denn auch die Anregung, sofort einen außerordentlichen Delegiertentag zu berufen, abgelehnt, und dem geschäftsführenden Ausschuss überlassen, den abseits schon früher für die nächsten Monate in Aussicht genommenen ordentlichen Delegiertentag zu berufen, wenn es ihm angebracht erscheint.

Zum Schluß meint die „Danziger Zeitung“: „Daß im übrigen die Resolution bei der Majorität der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft keinen Anklang finden und daher im wesentlichen ohne praktische Folge bleiben würde, war mit ziemlicher Sicherheit vorauszusehen“. Das Organ der freisinnigen Vereinigung äußert sodann die Ansicht, daß dies auch bestritten werden dürfte durch die in der letzten Sitzung der Fraktionsgemeinschaft vereinbarte Stellungnahme der freisinnigen Redner bei der sozialdemokratischen Wahlrechtsinterpellation im Reichstage. — Die Ansicht der „Danziger Zig.“ hat sich, wie die Tatsachen gelehrt haben, als richtig herausgestellt.

**Eine Robeit ungewöhnlicher Art**

hat sich, wie man aus G o t h o schreibt, das dortige sozialdemokratische Blatt geleistet. Zur Erinnerung an die Begründung des Deutschen Reiches fand am 18. Januar ein aus allen Kreisen der nichtsozialdemokratischen Bevölkerung reich besuchter Kommerz statt. Gegen Mitternacht traf die Nachricht von der Geburt einer Prinzessin ein. Am Sonntag morgen wurde der Einwohner der Residenz dieses Ereignisses durch Abgabe von 36 Völlerbüchsen kundgetan. Das „Waldheide-Waldblatt“ bringt hierzu folgende Bemerkungen:

„Am Sonntag früh gingen über unsere Stadt eigenartige Töne dahin. Manche Leute behaupteten, es habe jemand von den Kommerzbesuchern auf dem Schießhaus, der schießen Schmalzbraten von einem Ofen genossen, aufgespritzt. Nach Ansicht anderer sollen es jedoch Kanonenschüsse gewesen sein, die abgefeuert wurden aus Freude darüber, daß am 18. Januar 1871 der Reichsminister Bismarck das Deutsche Reich so hehrlich zusammengepackt habe. Wieder andere behaupten aber, die Töne wären Stoßsenker über die hohen Metallarbeiten gewesen. Die Kanonen in dieser Sache keinen Aufschuß geben. Sollte aber die Ursache das Geräusch bekannt werden, so werden wir sie unseren Lesern bekanntgeben.“

Man braucht über die Robeit dieses Demagogentums, das nur seiner Gemeinheit zuzuschauen, wohl kein Wort zu verlieren.

**Koloniales.**

**Die neue Denkschrift über Kwantung**

ist heute dem Reichstag zugegangen. Nach einem Ueberblick über die Entwicklung der Kolonie während des ersten Jahrzehntes unter der deutschen Marineverwaltung berichtet sie über die Verwaltungsperiode von Oktober 1906 bis Oktober 1907. Dem alten Prinzip der Marineverwaltung getreu, daß bei allen ihren Maßnahmen der wirtschaftliche Gesichtspunkt der Entwicklung des Platzes als Handelskolonie, als wichtiger Stützpunkt der deutschen Kaufmannschaft bei der Erschließung eines weiten Hinterlandes im Vordergrund stehen müsse, hat sich die Kolonie weiterentwickelt.

Die Hafenanlagen werden auch nach fremdem Urteile zu den besten Ostasiens. Der Hauptteil der große Hafen (zugleich Fischereihafen), ist durch einen etwa 5 km. langen Steindamm gegen den Wellengang der Innenbucht geschützt und bietet bei 1/2 Meile Länge und etwa 2 km. langen Strände an zwei großen Böden mit Sand- und Logerplätzen bequeme und sichere Liegeplätze auch für größere Ozeandampfer. Eine abgeordnete Marinebasis für Petroleumschiffe innerhalb des Hafenbeckens befindet sich im Bau. Für

entworfene, sanitärische die die Heldinnen der drei großen Dramatiker: Grillparzer („Sister“ und „Die Jüdin von Toledo“), Goethe („Judit und Holofernes“ und „Herodes und Mariamne“) und Otto Ludwig („Die Waffabier“) und schloßerte mit seinem Verständnis die psychologische Entwicklung dieser Frauengestalten. Im allgemeinen ist zu bemerken, daß bei der Umbildung geschäftlicher Personen das psychische Jüdisch: hinter dem Allgemeinen Menschlichen zurückzutreten pflegt; bei der Neuschöpfung wollen die Autoren oft das Jüdische allzusehr betonen, so daß die Lebensumstände unangenehm berührt. Die Rednerin besprach dann noch kurz Gutzkow's „Ariel Kohn“, dessen Jüdisch zwar sehr sympathisch ist, aber durchaus keine jüdischen Züge an sich trägt, und Richard Söhs „Donat Donat“ und wies zum Schluß auf die sich neu entfaltende historische Kunst im jüdischen Volk selbst hin. Das Publikum folgte den formvollendeten Ausführungen mit großer Interesse und gab seiner Befriedigung durch lebhaften Beifall Ausdruck.

**Die Mutterchaftsversicherung in Deutschland.**

In der Gesellschaft für ethische Kultur in Heidelberg hielt vergangenes Samstag Herr Dr. med. Fischer aus Karlsruhe einen bedeutsamen Vortrag über die Mutterchaftsversicherung und ihre praktische Durchführung. Einleitend besprach Redner die Wichtigkeit der natürlichen Ernährung der Säuglinge durch Muttermilch und ihre hohe Bedeutung für die Heranziehung eines gelunden Geschlechtes und für die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit, die in Deutschland beunruhigendweise so enorm sei und der Tuberkulose. Es ist kaum glaublich, mit wie kolossaler Wichtigkeit die Frauen der heutigen Zeit ihren Kindern die natürliche Nahrung entziehen und damit das Leben ihrer Kinder auf das Spiel setzen. Der Grund für das Nichtstillsitzen ist in den wenigsten Fällen das Unvermögen zu stillen. In den höheren Ständen ist es vielfach nur Trägheit und Eitelkeit. Man glaubt mit künstlicher Nahrung das gleiche erreichen zu können, was aber von der Wissenschaft längst widerlegt ist. In Arbeiterkreisen dagegen fehlt es der Mutter, die schon bald nach der Geburt wieder auf die Arbeit oder in die Fabrik gehen muß, um sich den Lebensunterhalt zu verdienen, an Zeit, zur Bekämpfung dieser Gefahren der Säuglinge auch zu

den späteren Ausbau von drei weiteren Rollen ist innerhalb der vom Umschließungsbande begrenzten 203 Hektar großen Fläche ausreichender Raum vorhanden. An der Westseite des Hofes bietet die Ringtauer Werk, ausgehattet mit einem 16 000 Tonnen-Schwinde, einem 150 Tonnen-Kran und fast 1000 Meter Kautschuk-Belegungen zu Reparaturen jeder Art für Kriegs- und Handelschiffe. Der nahe der Schindenschicht befindliche kleine Hafen, der sich noch im Ausbau befindet, dient dem örtlichen Schiffsbau- und Sampandecker, bietet aber auch für kleinere Mistendampfer Plätze zum Anlegen an der Brücke.

Von Anfang an ist bei der Organisation des Schiffsgebietes Wert auf ein handiges und verständnisvolles Zusammenwirken der staatlichen Organe mit der Zivilbevölkerung, insbesondere den kaufmännischen Interessententzen sowohl in der Kolonie selbst als in der Heimat gelegt worden. Die bereits früher geschaffene guttändige Vertretung der Zivilbevölkerung hat neuerdings eine Vertiefung erfahren. Für die besonderen Fragen auf dem Gebiete des Handels und Gewerbes ist aus der Mitte der Kaufmannschaft eine Handelskammer begründet. Die dem Gouvernement in wirtschaftlichen Angelegenheiten beratend zur Seite steht. Bei der Regelung der Angelegenheiten der chinesischen Bevölkerung steht dem Gouvernement die Mitwirkung eines „chinesischen Komitees“ zur Verfügung. Der Wert des Handels hat im Berichtsjahre rund 103 Mill. Mark betragen.

Im Hafen von Ringtau legten im Jahre 1899 bis 1900 182 Dampfer und 10 Segelschiffe mit 226 153 T. Raumbesatz an, im Jahre 1906-07 dagegen 498 Dampfer und 1 Segelschiff mit 546 843 T. Raumbesatz.

**Die Frauenbewegung und der Liberalismus.**

Ueber dieses Thema sprach gestern Donnerstag abend im jungliberalen Verein in Heidelberg Herr Stadtkämmerer Dr. Wielandt. Einleitend besprach Redner das Verhältnis der Frauenbewegung zu allen Parteien und stellte fest, daß in allen Parteihandbüchern darüber nichts zu finden sei. Aber es sei in Wirklichkeit ein viel größeres Entgegenkommen gegen die Frauen den Parteien möglich. Auch im Liberalismus hat man von der Frauenbewegung noch nicht viel Notiz genommen. Allerdings enthält das Programm der freisinnigen Volkspartei von 1903 eine Bestätigung der Mitwirkung der Frauen in kommunalen Behörden. Auch zum Nationalverein sind die Frauen ohne Debatte zugelassen worden. Endlich haben die Nationalsozialisten in Baden folgenden programmatischen Satz aufgestellt: Wir verlangen die staatsbürgerliche Gleichstellung der Frau für das kommunale und staatsbürgerliche Wahlrecht. Die Frage, ob der Liberalismus etwas mit der Frauenbewegung zu tun habe, beantwortete der Referent mit dem Satze: Die Frauenbewegung, begriffen in ihren tiefsten und edelsten Motiven, in dem, was sie wirklich für die Frau sein will, ist eine Schwester des Liberalismus! Wenn die Frauenbewegung nach Rechten für die Frau strebt, so will sie deren Freiheit nur, um ihnen und ihre Pflicht der Allgemeinheit gegenüber ausüben zu können. Sodann ging Redner auf die Forderungen der Frauenbewegung ein, die er in großen Zügen, wie folgt, darstellte. 1. Vertiefung der weiblichen Fortbildung nach der Schule, nicht nur durch Koch- und Haushaltungsschulen, sondern auch durch Kunst- und gewerblichen Unterricht. 2. Strohener Erziehung der Mädchen zum persönlichen Willen, insbesondere für das öffentliche Leben. 3. Zulassung der Mädchen zu den Hochmittelschulen. 4. In die Verwaltung der Mädchenschulen und Volksschulen mit Mädchen müssen Lehrerinnen und Mütter aufgenommen werden. 5. Verbesserung der Stellung der Lehrerinnen. 6. Einführung von Frauenaufsicht in Frauengefängnissen etc. Anstellung von Polizeioffiziantinnen, weiblichen Anwälten und Geschworenen. Wohl von Frauen in städtische Kommissionen. 7. Unterstützung der unehelichen Mutter durch die Gesetzgebung und Einführung einer staatlichen Mutterchaftsversicherung. 8. Einsetzung von Frauen als Vormünder. 9. Wöchnerinnenchutz. 10. Anerkennung des ehelichen Güterrechts (Gütertrennung) und des Paragraphen des bürgerlichen Gesetzbuches, der besagt: Dem Manne steht in allen Fragen des ehelichen Lebens die Entscheidung zu. 11. Weibliches Stimm- und Wahlrecht. Der Referent schloß mit der Bemerkung, der Liberalismus möge die Stunde nicht vorbegehen lassen, bei der ihm eine Annäherung an die Frauenbewegung bietet und möge den Frauen die Möglichkeiten verschaffen, sich auch praktisch zu erproben. Er riet aber den Frauen langsam, Schritt für Schritt das Gebaute auszuführen, dessen Krönung die Erlangung des Wahlrechts darstelle.

Der Professor Wegger konnte nicht in allen Stücken die Ansichten des Referenten teilen. Insbesondere verlangte er, anzuspähen auf die gegenwärtigen Verhältnisse in Preußen, die Männer sollten sich erst einmal das Stimmrecht erkämpfen; dann erst könnten es die Frauen beanspruchen.

Fräulein stud phil. A. Schulz behauptete, die Frauen wollten zunächst allein ihre Rechte erkämpfen und würden sich dann der

höheren wie in niederen Kreisen eine ganz energische Auffassung über die Wichtigkeit der Säuglingsernährung an der Mutterkraft einnehmen. Angereizt aber auch für die arbeitende Klasse in der Weise gefordert werden, daß den Wöchnerinnen die Zeit gegeben wird, sich von den körperlichen Anstrengungen der Geburt zu erholen und ihre Kinder selbst zu stillen. Aber hier ist es nicht mit einem Verbot der Arbeit auf etwa 4-6 Wochen getan, sondern es muß auch für den Lebensunterhalt der Mutter durch einen entsprechenden Ertrag des anfallenden Verdienstes gesorgt werden. Gerade dieser Punkt dieser enorm wichtigen Frage soll durch die Einrichtung der Mutterchaftsversicherung in Angriff genommen werden. Die bestehende Krankenversicherung sieht in ihrem § 21 zwar diesen Fall auch vor; doch kommt dieser Paragraph nur für Mitglieder der Orts- und Betriebskrankenkassen in Betracht, während alle anderen Mütter ausgeschlossen sind. Für die allgemeine Errichtung einer staatlichen Mutterchaftsversicherung sind nach den Berechnungen des Leiters der statistischen Amtes in Berlin 20 Millionen Mark jährlich nötig, eine Summe, die allein die gesamten Einkünfte der Krankenversicherung übersteigt. Es nimmt daher nicht Wunder, daß die mannigfachen Eingaben verschiedener Organisationen an den Reichstag, die die Einrichtung der allgemeinen Mutterchaftsversicherung erstreben, in absehbarer Zeit nicht zur Ausföhrung gelangen können. Herr Dr. Wönd Fischer gab aus diesem Grunde die Anregung zur Gründung einer nichtstaatlichen Mutterchaftsversicherung nach dem Vorbilde der „Mutualität maternalis“ in Paris, die überraschend erfreuliche Resultate zeitigt hat. Für die Gründung einer solchen Mutterchaftsversicherung in Baden sind in Karlsruhe die Vorarbeiten bereits lebhaft im Gange. Die Frau Großherzogin-Witwe Luise hat sich mit großem Interesse an dieser Frage beteiligt und ihre warme Unterstützung dazu gegeben. Außerdem befinden sich in einem auf diesem Zwecke gegründeten Ausschusse Mitglieder der verschiedensten Kreise, insbesondere die Führer der Arbeiterchaft, Kerke, Arbeiter aller Konfessionen usw. Das nötige Material für eine diesbezügliche Regierungsvorlage wird der Leiter des statistischen Amtes in wenigen Wochen ober-

berichtet Pastör Richter in der „Frauenbewegung“. Er legt nicht nur für die weiblichen Theologinnen ein, wie er ausdrücklich betont, nicht im Interesse der Frauen, sondern vor allem im Interesse der Kirche. Er bemerkt hierzu: In der Frauenwelt sind religiöse Kräfte vorhanden, die für die Kirche wohl gemacht werden sollten. Besondere Arbeitsfelder für die angehenden Theologinnen wären die Leitung von Frauenvereinen und Jugendvereinen, in zugleich modernem und religiösem Sinne. Es sollten auch dem Prinzip der Rekrutierung junge Männer und junge Mädchen zur Bildung und religiösen Vertiefung um sich verkommen. Auch die Abhaltung von Kirchengottesdiensten wäre eine gute Vorbereitung, um der Frau späterhin die volle Erschließung des ideologischen Berufes vorzubereiten. Bekanntlich waren in der ältesten Kirche Prophetinnen, und so schließt der erwähnte Pastor, die Frau werde erden lernen und die kirchliche Befähigung wird sie auf die Dauer nicht von der aktiven Betätigung im Gottesdienste ausschließen können.

Das Referat des Herrn Wielandt konnte den Anschein erwecken, als ob unter den liberalen Parteien die Nationalliberalen überhaupt noch keine Stellung zur Frauenfrage genommen hätten, da die freisinnige Volkspartei und die Nationalsozialisten erwähnt werden, aber nicht sie. Daß dem nicht so ist, hat der diesjährige Parteitag der Nationalliberalen in Wiesbaden dargetan. Der Parteitag kam zu einer Würdigung und Anerkennung der Frauenbewegung, mit der ihre Führerinnen wohl zufrieden sein können, so weil sie nicht hoffnungslosem Radikalismus verfallen sind. Wasser mann führte in seinem Referat über des Reiches Politik nach dem Protokoll (S. 27) aus:

„Ich glaube, daß auch unsere deutschen Frauen mit diesem Vereins- und Versammlungrecht, das ihnen die volle Gleichstellung mit dem Manne bringen soll (Weisung), zufrieden sein werden. Es ist sehr wichtig, daß diese volle Gleichstellung erfolgt. Wir dürfen an dieser Frauenbewegung nicht achtlos vorübergehen. Ich verweise Sie auf die große Bedeutung, die die Frauenfrage auf dem ultramontanen Parteitage eingenommen hat.“

Wir wollten dies nur der Vollständigkeit halber nachtragen, und um nicht die Meinung aufkommen zu lassen, als verhielte sich die nationalliberale Partei dieser großen Kulturbewegung. Der Frage des Frauenstimmrechts allerdings stehen wohl die meisten nationalliberalen Politiker abwartend und kritisch gegenüber. Der Verein politischer Unruhe, den erst jüngst wieder die deutschen suffragettes in Sachen der preussischen Wahlreform gegeben haben, heißt u. E. gebieterisch von einer Partei, die Realpolitik treiben will und welche die Sozialdemokratie noch die Nationalsozialisten um ihren überhandnehmenden Ueberfluß an politischen „Ideen“, an Zukunftsvisionen und Ueberdemokratismus beneidet, äußerste Zurückhaltung. Die Frage des Frauenstimmrechts ist noch vollkommen ungelöst, und die Meinung, daß wenn heute das Frauenstimmrecht in Staat und Gemeinde eingeführt würde, dem schlimmsten Radikalismus Tür und Thor geöffnet würden, kann viele Wahrscheinlichkeitsgründe aufzählen. Die Frauenbewegung hat neben dieser rein politischen Frage so viele andere große und schöne, dringlichere Aufgaben im Kampfe des Rechts der Frau gegen überlebte und unbillige Vorurteile, daß sie sich diesen in erster Reihe widmen sollte, bevor sie sich auf das gefährliche politische Glattfeld begibt. Und die Aufgaben sind ohne das Frauenstimmrecht durchaus zu erfüllen. Die nationalliberale Partei wird diese Bestrebungen stets gerne fördern und unterstützen, soweit eine Partei darauf Einfluß zu nehmen vermag.

**Aus Stadt und Land.**

Mannheim, 24. Januar 1908.

**Die Raimorchesteraffäre**

erregt allenthalben in der Bürgerschaft das größte Aufsehen. Man wird dies begreiflich finden, wenn man sich vergegenwärtigt, wie viele genutzreiche Stunden das Orchester den Mannheimern namentlich im Jubiläumsjahre bereitet hat. Wer trägt die Hauptlast davon, daß sich die Dinge derartig zuspitzen konnten? fragt nun unwillkürlich jedermann. Lassen wir also zunächst einmal die Tatsachen sprechen und rekapitulieren wir vorerst die Vorgänge, die sich im neuen Jahr ereignet haben und den Stein eigentlich erst ins Rollen brachten. Nach unseren Informationen, die wir, wie wir ausdrücklich konstatieren möchten, bei Orchestermitgliedern eingezogen haben, hat sich die Affäre folgendermaßen entwickelt: Am 2. Januar d. J. erfolgte die Abkündigung von fünf Mitgliedern des Raimorchester, zweier Pagottisten, zweier Oboen und des 4. Hornisten, mit der Begründung, daß man damit einer Forderung des Musik-Komitees für die Ausstellung München 1908 nachkomme, das die Leitungen dieser fünf Musiker als ungenügend bezeichnet habe. Schon damals hat sich das Orchester mit den 5. Kollegen solidarisch erklärt und die Zurücknahme der Abkündigung gefordert. Schließlich wurde ein Ausweg dadurch gefunden, daß sich die betr. 5 Musiker, unter denen sich einer mit

Monaten zusammengestellt haben und es nicht zu hoffen, daß die neue Versicherung mit dem 1. Januar 1909 bereits ins Leben treten kann. Redner machte aber ganz besonders darauf aufmerksam, daß die Ortsgruppe Karlsruhe allein wohl kaum das Ziel erreichen kann, wenn nicht auch in den anderen größeren Städten des badischen Landes Zweiggruppen mit demselben Ziel gegründet werden. In der Diskussion wurde die Gründung einer solchen Zweiggruppe in Heidelberg sehr eingehend erörtert und man setzte den Beschluß, einen vorbereitenden Propagandaausschuß zu bilden, der mit den maßgebenden Persönlichkeiten, insbesondere mit den Vertretern der Arbeiterklasse in Verbindung treten soll. Zu Mitgliedern dieses Propagandaausschusses wurden gewählt: die Herren Dr. med. Bruno, Medizinalrat Dr. Mittermaier und Stadtkämmerer Wielandt, sowie Frau Wönd. In Anbetracht der Wichtigkeit der Sache wäre es sehr zu wünschen, wenn sich das Interesse dafür in weiten Kreisen verbreiten würde, damit das „Mutterländle“ Baden auch in dieser Sache wie schon so oft an erster Stelle marschieren kann.

**Ueber Frauen als Theologinnen**

berichtet Pastör Richter in der „Frauenbewegung“. Er legt nicht nur für die weiblichen Theologinnen ein, wie er ausdrücklich betont, nicht im Interesse der Frauen, sondern vor allem im Interesse der Kirche. Er bemerkt hierzu: In der Frauenwelt sind religiöse Kräfte vorhanden, die für die Kirche wohl gemacht werden sollten. Besondere Arbeitsfelder für die angehenden Theologinnen wären die Leitung von Frauenvereinen und Jugendvereinen, in zugleich modernem und religiösem Sinne. Es sollten auch dem Prinzip der Rekrutierung junge Männer und junge Mädchen zur Bildung und religiösen Vertiefung um sich verkommen. Auch die Abhaltung von Kirchengottesdiensten wäre eine gute Vorbereitung, um der Frau späterhin die volle Erschließung des ideologischen Berufes vorzubereiten. Bekanntlich waren in der ältesten Kirche Prophetinnen, und so schließt der erwähnte Pastor, die Frau werde erden lernen und die kirchliche Befähigung wird sie auf die Dauer nicht von der aktiven Betätigung im Gottesdienste ausschließen können.



148jähriger Dienstzeit befindet, mit dem Austritt aus dem Orchester während des Sommers einverstanden erklärt unter der Voraussetzung, daß mit ihnen gleich ein neuer Kontrakt für Herbst 1908 abgeschlossen werde. Herr Hofrat Kaim hat sich darauf nicht eingelassen unter der Begründung, daß er nicht wisse, wer der „kommende Mann“ am Dirigentenpult im Herbst sein werde. Dann kam die bekannte Erklärung des Musik-Komitees der Ausstellung. Das Orchester ist jetzt noch auf der Auffassung, daß in dieser Angelegenheit Herr Kapellmeister Schneidvoigt die treibende Kraft war, da er schon lange den Wunsch gehegt habe, Oboe und Fagott durch französische Instrumente zu ersetzen. Der Erklärung des Musik-Komitees folgte die Erklärung des Orchesters gegen Herrn Kapellmeister Schneidvoigt in der „Münchener Zeitung“, die von uns ebenfalls zum Abdruck gebracht wurde. Schließlich kam eine Einigung zwischen dem Orchester und Herrn Hofrat Kaim auf der Basis zustande, daß das Orchester auch weiterhin unter Herrn Kapellmeister Schneidvoigt spielt, um Herrn Hofrat Kaim die Erfüllung seiner Verträge zu ermöglichen, aber unter der ausdrücklichen Bedingung, daß Herr Schneidvoigt mit dem Orchester nur dienstlich verkehrt und weder eine Erklärung abgibt noch sich einschaltet. Herr Hofrat Kaim erklärte sich damit einverstanden und so fanden wieder ungeführt Proben und Konzerte statt. Mittlerweile einigte sich Herr Hofrat Kaim auch mit dem Musik-Komitee der Ausstellung. Der Vertrag wurde in Güte gelöst und nun erklärte Herr Hofrat Kaim, daß die gegen die fünf Musiker ausgesprochene Kündigung zurückgenommen sei.

Damit seien die Affäre endgültig beigelegt. Das Orchester spielte unter Herrn Kapellmeister Schneidvoigt in München und Tübingen. Bei der Abreise von Tübingen kam den Mitgliedern des Orchesters auf einmal folgende Erklärung in die Hand, die am 21. d. Mts. in Nr. 93 der „Münchener Neuesten Nachrichten“ von Herrn Kapellmeister Schneidvoigt veröffentlicht wurde und den Stein ins Rollen brachte:

Die Veröffentlichungen des Ausschusses des Raimorchestersverbandes in verschiedenen Münchener Tageszeitungen zwingen mich zu der nachstehenden Erwiderung, die lediglich aus dem Grunde nicht früher erfolgte, um die zwischen Herrn Hofrat Kaim und dem Musik-Komitee schwelenden Verhandlungen nicht störend zu beeinflussen.

1. Vor etwa Jahresfrist schieden ungefähr zwanzig Musiker aus dem Raimorchester aus. Der größte Teil dieser Musiker kündigte selbst und nur der geringere wurde von Herrn Hofrat Kaim entlassen und durch Mitglieder des in Mombheim bestehenden zweiten Raimorchesters ersetzt. Von den damals entlassenen Musikern sollte ich nur drei als ungenügend bezeichnet.

2. Am 1. Januar 1908 hat Hofrat Dr. Kaim sieben Musikern der Orchester 1908 gelündigt. Ich für meine Person habe Herrn Hofrat Kaim diese Musiker schon seitdem ich als I. Dirigent des Orchesters engagiert bin, als ungenügend bezeichnet und nicht erst in der letzten Zeit.

Das Musik-Komitee für die Ausstellung 1908 hat die Entlassung der in Frage stehenden Herren für unerlässlich erklärt. Erst daraufhin hat Hofrat Dr. Kaim die Entlassungen sofort ausgesprochen, die er ursprünglich nur allmählich herbeiführen wollte.

3. An sonstigen Entlassungen von Mitgliedern des Raimorchesters bin ich nicht beteiligt.

4. Es ist un wahr, daß ich mich je dahin geäußert habe, im Raimorchester seien zu viele Deutsche, oder daß es nur auf mich ankomme, zwanzig Mitglieder des Raimorchesters den Kontrapass zu geben. Ich hätte dazu auch keinerlei Möglichkeit, da ich lediglich mit Herrn Hofrat Kaim und nicht mit den Orchestermitgliedern in einem Vertragsverhältnis stehe.

5. Ich stand und stehe mit dem Kritiker der „Münchener Neuesten Nachrichten“ weder in einem intimen Freundschaftsverhältnis noch gar in einem Bündnis.

6. Die öffentlichen Angriffe des Orchesters gegen seinen Dirigenten müssen umso schärfer erscheinen, wenn dieser Dirigent seinerseits nichts als sein Recht und seine Pflicht ausübt hat. Denn es ist Recht und Pflicht des Dirigenten, die etwaigen Mängel des Orchesters der Leitung mitzuteilen, um dadurch Besserungen und Auf des Orchesters zu erhalten und zu erhöhen. Mein Streben war allezeit, den Ruhm des Raim-Orchesters zu erhöhen. Und in diesem Streben wußte ich mich einzig nicht nur mit Herrn Hofrat Dr. Kaim, sondern auch mit der gesamten Münchener Presse und der Kritik, mit dem Musik-Komitee für die Ausstellung 1908 und dem ganzen Münchener Publikum.

7. Ungeachtet der ebenso wohlwollen als unbegründeten Vorwürfe, welche das Raim-Orchester öffentlich gegen mich erhoben hat, habe ich Veranlassung genommen, Herrn Hofrat Kaim zu erklaren, mich von der Fortsetzung meines Vertragsverhältnisses über den 15. Mai d. J. hinaus zu entbinden.

Diese Erklärung ist durch die Orchestermitglieder bereits durch folgende Entgegnung zurückgewiesen worden, die an die „Münchener Neuesten Nachrichten“ gestern abgesprochen ist:

Unser in dem Artikel der „Münchener Zeitung“ gegen Herrn Schneidvoigt gemachten Vorwürfe erhalten wir voll und ganz aufrecht und sind bereit, den Wahrheitsbeweis dafür jederzeit zu erbringen. Es ist ja die bekannte Art und Weise Herrn Schneidvoigts, erst etwas zu tun und dann abzulegen. Zur Debatte des Ansehens des Raim-Orchesters hat Herr Schneidvoigt sehr wenig beigetragen. Seine Verurteilung auf die Sympathien des Publikums ist hinfallig; diese besitzt Herr Schneidvoigt wohl nur außerhalb des Konzertsaales. Dies beweist, daß unter Schneidvoigt der Besuch des Raim-Orchesters außerordentlich zurückgegangen ist und ein voller Saal nur zu erzielen ist durch Ausgabe einer großen Zahl von Freibilletten. Daß das Raim-Orchester unter Herrn Schneidvoigt Leitung überhaupt konzertiert, ist nur dem Beschluß entsprungen, Herrn Hofrat Kaim es zu ermöglichen, seine eingegangenen Verträge voll und ganz zu erfüllen. Weder den von Herrn Schneidvoigt angegebenen Zeitpunkt hinaus wird sich kein Mitglied des Orchesters bereit finden, unter seiner Leitung zu konzertieren.

Durch die Erklärung Schneidvoigts wurde begrifflicherweise den Reuten eine nicht geringe Erregung unter die Orchestermitglieder getragen. Die leicht begreifliche Folge war, daß am Ich-

ten Mittwoch in dem Symphoniekonzert nicht mit der alten Begeisterung gespielt wurde. Nebenbei ist, wie uns berichtet wird, die Symphonie an sich tadellos wiedergegeben worden. Nur einige Nuancen seien vielleicht nicht so klangvoll gewesen, wie man es sonst vom Raimorchester gewohnt sei. Herr Kapellmeister Schneidvoigt sei zudem auch nicht ganz schuldlos daran gewesen, da er nicht so sicher wie sonst dirigiert habe und schon mit sehr verblüfftem Gesichtsausdruck das Orchester betrat. Am Donnerstag nachmittag 4 Uhr fand, wie bereits mitgeteilt, in der Wirtschaft „am Ludwigshof“ in der Kesslerstraße eine Versammlung der Mitglieder des Raimorchesters statt, in welcher die neuesten Vorgänge besprochen und der einstimmige Beschluß gefaßt wurde, jetzt erst recht die ganze Kraft einzusetzen und tadellos zu spielen, ohne Rücksicht auf das Verhalten des Herrn Schneidvoigt. Am 6 Uhr abends ließ Herr Hofrat Kaim Herrn Panzer, dem Vorsitzenden des aus den Herren Panzer, Wästemann, Schröder, Krauß und Schrimpf bestehenden Ausschusses der Orchestermitglieder, folgenden Brief zustellen:

Gechter Herr Panzer!  
Nach der Blamose, die meinem Institut gestern (im Mittwoch-Konzert, D. R.) durch das absichtlich matte Spiel meines Orchesters zugefügt wurde, sehe ich mich veranlaßt, Ihnen als der allgemein so bezeichneten Seele einer kontraktwidrigen Bewegung ab heute die außerordentliche Kündigung zusammen zu lassen. Jedem weiteren Eintritt in die für mein Orchester bestimmten Räume müßte ich von dem Augenblick der Unterzeichnung dieses Briefes an als Hausfriedensbruch behandeln. Ihre Lage wird Ihnen ausbezahlt, damit Sie vor unmittelbarer Not geschützt sind; aber die Konventionalstrafe von 300 Mark behalte ich mir vor, bei meiner Rückkehr nach München einzuklagen.

Hochachtungsvoll  
F. Kaim.

Gestern abend fanden sich sämtliche Mitglieder des Raimorchesters mit Ausnahme des entlassenen Herrn Panzer im rechts von der Kasse gelegenen Instrumentenraum ein, wo ihnen durch ein Ausschussmitglied der an Herrn Panzer gerichtete Kündigungsbrief mitgeteilt wurde. Hierauf begaben sich die vier Mitglieder des Ausschusses in den Versammlungssaal zu Herrn Hofrat Kaim und teilten ihm den Beschluß der Orchestermitglieder mit, der dahin ging, daß das Orchester die Zurücknahme der Kündigung des Herrn Panzer verlange und daß Herr Hofrat Kaim aus den bisherigen Vorgängen gegen keines der z. B. engagierten Mitglieder den Grund zu einer außerordentlichen Kündigung ableiten dürfe. Es kam zu einer ziemlich erregten Auseinandersetzung zwischen Herrn Hofrat Kaim und der Deputation, die darin gipfelte, daß Herr Hofrat Kaim erklärte, wer nicht spiele, sei entlassen.

Damit war den Orchestermitgliedern die Rückschau für ihr jetztes Verhalten gegeben. Sie packten ihre Instrumente ein und begaben sich zu einer gemeinsamen Sitzung in die Wechselschicht in der Sedenheimerstraße, wo die weiteren Verhandlungsregeln beraten und beschlossen wurde, heute Mittag 1 Uhr 50 nach München zurückzukehren, 500 R. des notwendigen Reisegeldes brachten die Orchestermitglieder unter sich zusammen und 400 R. streckte ihnen ein ehem. Kollege, Herr Zigarettenhändler Kumpf in der Hebelbergstraße vor. Was die Herren Heyde und van Nieuw bezieht, die sich mit ihren Kollegen nicht solidarisch erklärt haben, so wurde uns versichert, daß sich die beiden Herren schließlich auf Ehrenwort verpflichtet hatten, mit der Wechsellage zu gehen. Gerade Herr van Nieuw soll derjenige gewesen sein, der den Orchestermitgliedern eine Masse Material zugebracht hat.

Heute Mittag hat Herr Hofrat Kaim folgendes Schreiben des Vorstandes des Raimorchesters erhalten:

Der unterzeichnete, von sämtlichen Mitgliedern des Raimorchesters bestellte Vorstand beehrt sich folgendes mitzuteilen: Nachdem Sie gestern sämtlichen Mitgliedern des Orchesters mit sofortiger Wirkung gekündigt haben, sind wir beauftragt, Ihnen namens des gesamten Orchesterverbandes zu eröffnen, daß wir uns eine endgültige Stellungnahme zu unserer Kündigung so lange vorbehalten müssen, bis wir in München unseren Rechtsanwalt konsultiert haben und bis wir Geisungen gehabt haben, sich mit unseren Kollegen in Ruhe zu besprechen.

Wir erklären jedoch heute schon, daß wir die Kündigung vorläufig nicht als berechtigt annehmen. Unter allen Umständen sehen wir jedoch auf dem Standpunkt, daß uns Gage und Tagelohn bis zum 24. d. Mts. einschließlich zu zahlen und daß die Kosten der notwendig gewordenen schriftlichen Klärung nach München bezahlt werden müssen. Die sämtlichen Mitglieder des Orchesters sind infolge der Kündigung gedrängt, heute die Klärung nach München anzutreten und halten sich dort, bis ihnen das Gegenteil mitgeteilt wird, zu Ihrer Verfügung.

Das Orchester sollte heute in Pforzheim und morgen in Landau spielen. Diese Konzerte fallen von vornherein ins Wasser. Sehr unwahrscheinlich werden auch die hiesigen Konzerte am Sonntag und Montag, da Herr Hofrat Kaim unmöglich in dieser kurzen Zeit ein Orchester zusammenstellen kann. Wie sich die lehrerliche Affäre entwickeln wird, ist schwerlich voranzusagen. So viel ist aber nach unserer Auffassung sicher, daß die Orchestermitglieder von ihren Forderungen nicht abgehen werden. Wir beschränken uns auch diesmal auf die Wiedergabe der uns mitgeteilten Tatsachen und möchten dem hiesigen „Konzert- und Theater-Anzeiger“, der bereits heute gegen die Orchestermitglieder Partei nimmt, nur zu bedenken geben, daß es lediglich an Herr Hofrat Kaim liegt, daß die „schmutzige Wäsche“ nicht zu Hause gewaschen worden ist. Herr Hofrat Kaim hätte mit der Entlassung Panzers nur bis zur Rückkehr nach München zu warten brauchen.

\* Verfehlt wurde Stationsverwalter Michael Kuffler in Hüllendorf als Betriebssekretär nach Karlsruhe und Betriebssekretär Allan Schumacher in Karlsruhe zur Vernehmung der Stationsverwalterstelle nach Karlsruhe.

\* Der Ausstellungsplan ist, der von der Baugesellschaft für Feuerungsanlagen und Schornsteinbau, G. m. b. H. Mannheim-

Ludwigshafen, neben dem Kaiserlichen Pavillon errichtet wurde, wird am Dienstag, den 28. d. M., niedergelegt.

\* Aus dem Schöffengericht. Trotz langsamem Fortschreiten der Chauffeur einer hiesigen Firma, Jos. Fischer, am 2. Dezember das Rad der auf der Redarvorstadtseite der Friedrichstraße den einen Handlaren fahrenden Gärtner Bernh. Trost überfuhr und ihn erheblich verletzte. Verhaftungswort suchte er an dem letzten Pfeiler der Redarstraße ein Fußsteck zu überholen und als die Elektrische kam, geriet er darauf in die Alarme, daß er den dem Fußsteck folgenden Handlaren anrempelte, wodurch der Führer direkt unter das Auto gefahren wurde. Der Chauffeur wurde zu 20 M. Geldstrafe verurteilt.

\* Aus Ludwigshafen. Der 17 Jahre alte Linder Johann Rosz von Riedingheim arbeitete gestern nachmittag, auf einem Schwelgergerüst stehend, an der Decke des Neubaus der Sulgerischen Maschinenfabrik. Plötzlich kam ein hängender Laufstrahl und schlug dem Arbeiter die herunterhängenden Haare derart ein, daß ihm der linke Schädel gedrückt wurde. Ferner erlitt er Hautabschürfungen. Man verbrachte den Verletzten in seine elterliche Wohnung.

Von Tag zu Tag.

— August Wilhelmj. Der berühmte Geiger ist gestern im Alter von 62 Jahren in London nach längerer Krankheit gestorben. Wilhelmj hatte sich schon erstaunlich früh zum bedeutenden Virtuosen entwickelt. Am 27. September 1845 in Wingen (Koblenz) geboren, erhielt er den ersten Violinunterricht von A. Hüder in Wiesbaden und seine weitere Ausbildung (1861 bis 1864) am Leipziger Konservatorium von F. Döbner, wo Hauptmann und Richter (im Verein mit Raff in Wiesbaden) seine Lehrer in der Theorie waren. Das Virtuosenwunderleben führte ihn durch die ganze Welt (Nord- und Südamerika, Australien, Japan). Spätere Kunstreisen führten ihn 1886 auch nach Konstantinopel. Bei den Bühnenfestspielen in Bayreuth 1876 war er Konzertmeister, und in dem gleichen Jahre organisierte er auch die Wagner-Festspiele in London. Im Viehich a. M. gründete er mit R. Klemm eine Hochschule für Violinpiel. Von 1886 bis 1894 wirkte er in Warschau bei Dresden, dann als erster Professor an der Guildhall-Musik-School in London.

— Urteilsspruch. Köln, 23. Jan. Das Schwurgericht verurteilte den Kaufmann Karl Otto Brahm aus Weiden in Sachsen-Weimar wegen des am 16. Dezember vorigen Jahres an dem Geldbriefträger Abel in Köln verübten Raubmordversuches zu 12 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

— Zum Fall Goeben. Alenstein, 24. Jan. Landmann von Goeben wurde heute zur Untersuchung seines Geisteszustandes li. „Gef. Ztg.“ in die Irrenanstalt Kortau bei Alenstein überführt.

— Verschwindener Hotelier. München-Gladbach, 24. Jan. Der Inhaber des Hotels „Kaiserlicher Kaiser“ in Erkelenz ist mit seiner Familie plötzlich verschwunden. Zahlreiche Gewerbetreibende sind zerrüttet. Die Spuren des Entflohenen führen nach Nordamerika.

Deutscher Reichstag.

w. Berlin, 24. Jan.

Am Bundesratsliche Staatssekretär Frhr. v. Stengel, Staatssekretär v. Schön, Kommissare.

Der Präsident eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Min. Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung der in Brüssel am 28. August 1907 vollzogenen Zusatzakte zu dem am 5. März 1902 in Brüssel zwischen dem deutschen Reiche und mehreren anderen Staaten abgeschlossenen Verträge über die Behandlung des Zuckers, ferner des in Brüssel am 19. November 1907 vollzogenen Protokolls über den Beitritt Russlands zum Zuckervertrage, sowie des mit Russland vereinbarten Abkommens vom 20. Jan. 1908 über den Zuckerverkehr zwischen Deutschland und Russland.

Hierzu liegt ein Antrag Graf Schwerin-Löwits vor, nach welchem ein Gesetz geschaffen werden soll, in welchem die Zuckerversteuer auf 10 Mark von 100 Kilogramm Reingewicht festgesetzt wird. Sollte der Reitoertrag der Zuckerversteuer in den Etatsjahren 1908 bis 1911 den Betrag von 140 Millionen nicht erreichen, so solle der Reichsfiskus beauftragt sein, zur Deckung des jeweiligen Fehlbetrages eine Anleihe aufzunehmen. Sobald die Einnahme aus der Zuckerversteuer den Betrag von 140 Millionen übersteigt, so soll der Mehrbetrag zunächst zur Tilgung dieser Anleihen verwendet werden. Als Termin für das Inkrafttreten dieses Gesetzes wird der 1. April 1909 beantragt.

Staatssekretär v. Stengel führt aus: Nachdem Großbritannien im Juni 1907 erklärt hatte, den Zuckervertrag über den 1. Dezember 1908 hinaus nicht fortsetzen zu können, sofern es nicht von der Verpflichtung zur Anwendung von ausgleichenden Maßregeln gegen den Prämiensucker befreit werde, ist die durch den Zuckervertrag geschaffene Lage zu Ungunsten der Zuckerindustrie geändert worden. Es mußte der Gefahr begegnet werden, die sich für die deutsche Zuckerindustrie ergab. Der Staatssekretär weist dann unter lebhafter Anrede des Hauses einen Rückblick auf den im Jahre 1903 in Brüssel abgeschlossenen Vertrag und legt unser Verhältnis zu England und Russland bezüglich der Zuckereinfuhr und -Ausfuhr dar. Bezüglich des Antrages Schwerin-Löwits bemerkt der Staatssekretär, daß er grundsätzlich ebenfalls für eine Ermäßigung der Zuckerversteuer sei, jedoch müsse für einen Erlaß des Ausfallses gesorgt werden. Der Staatssekretär verliest sodann eine Erklärung des Bundesrates, in der die verbündeten Regierungen anerkennen, daß der deutschen Zuckerindustrie die englische Abgabe, auf daß sie in erster Linie angewiesen sei, künftighin vielleicht nicht mehr in demselben Maße offen stehen werde wie bisher. Im Interesse der landwirtschaftlichen und industriellen Erwerbskreise, sowie der Verbraucher seien die Regierungen bereit, dem von dem hohen Hause einmütig gedrückten Wunsch auf Herabsetzung der Zuckerversteuer Rechnung zu tragen. Wenn auch die Finanzlage verbiete, in dieser Richtung schon heute vorzugehen, so seien doch die Regierungen für den Fall des Zustandekommens der vorliegenden Umänderungen entschlossen, dem Reichstage baldmöglichst, jedenfalls noch in einem der nächsten Jahre, einen Gesetzentwurf vorzulegen, in welchem die Zuckerversteuer von 14 Mark auf 10 Mark pro Doppelzentner ermäßigt werde. Es könne dies aber nur geschehen, wenn für den entstehenden Einnahmeausfall ein ausreichender Erlaß geschaffen werde.

Graf Schwerin-Löwits begründet seinen Antrag, der auch von den Freikonserverbathen, der Wirtschaftlichen Vereinigung, den Nationalliberalen und einem Teil des Sentrums unterstützt werde und führt aus: Die russische Regie-



zung habe es durch geschickte Verhandlungen verstanden, den Eindruck zu erwecken, als ob der tatsächlich geringe Zudek-Export nach England außerordentlich bedeutend sei. Ein Einnahmeausfall werde für den Fiskus kaum entstehen, weil mit einer Vergeltungssteuer der Konsumenten gerechnet werden müsse.

Jetzt heißt es entweder oder! Entweder Zudeksteuerherabsetzung, Verbilligung und dadurch Steigerung des inländischen Verbrauchs und damit auf die Herabsetzung der Zudeksteuer. Die Lage der deutschen Zudekindustrie ist ziemlich ernst; sie steht jetzt vor der Frage, ob sie überhaupt bei der außerordentlichen Verteuerung der Rüben und bei den gedrückten Zudekpreisen den abzuführenden Vertrag aufrecht erhalten kann. Seine Partei werde der Kommissionsberatung zustimmen unter der Bedingung, daß die gesetzliche Festlegung der Zudeksteuer am 1. April 1909 in Kraft tretenden Herabsetzung der Zudeksteuer auf 10 Mark pro D. Z. erfolgt. Redner beantragt schließlich die Einsetzung einer 28gliedrigen Kommission. (Beifall.)

Herr von Olenhufen (Welfe) wünscht eine Herabsetzung der Konsumsteuer für Zudek. Auch sei zu prüfen, ob es nicht besser sei, den freien Verkehr mit Zudek wieder herzustellen und die Zudekkonvention aufzuheben. Dem Antrage und den Ausführungen des Grafen von Savenin-Kovitz stimmt er zu.

**Badischer Landtag.**

(Von unserem Karlsruher Bureau.)  
2. Kammer. — 17. Sitzung.

Karlsruhe, 24. Jan.

Präsident Lehnenbach eröffnet 9 Uhr 20 Min. die Sitzung.

Am Regierungstisch Staatsminister Freiherr von Dusch, Minister des Groß. Hauses Frhr. von Marschall, Präsident des Finanzministeriums Geh. Rat Honsell, Präsident des Ministeriums des Innern Freiherr von und zu Bodenmann, Minister ohne Portefeuille Domänen-Direktor Geh. Rat Reinhardt.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der allgemeinen Finanzdebatte.

Als erster Redner erhält das Wort:

Abg. Dr. Binz:

Der Abg. Lehner hat sich nicht nur in scharfer Weise gegen die Parteien gewandt sondern auch gegen die Regierung, insbesondere gegen das Ministerium Dusch. Der Abg. Lehner hat seine Angriffe konzentriert gegen den Staatsminister Dusch. Dieser war wohl überaus, zumal der Abg. Lehner bisher in den Gemühten zählte. Wir waren nicht überrascht. Sind doch diese Angriffe angeklagt gewesen; die schwarze Kaballerie war ja vorangedrückt. (Lachen im Zentrum.) Der „Bob. Beob.“ hatte ja deutlich genug zu erkennen gegeben, wie sich das Zentrum zur Regierung zu stellen gedenkt. Besonders die journalistischen Nährböden der Zentrumspresse, der Führer Wader und der Abg. Schofer, der Vater des Waldmichel (Jurist Dr. Schofer: Noch nicht verbaut? — Heiterkeit im Zentrum) haben ja hier deutlich genug geredet. Wader hat ja in seiner Mühlburger Rede seinem Mißfallen deutlich genug über das gemühtige Vorgehen der Zentrumspresse auf dem letzten Landtag zu erkennen gegeben; er hat verlangt, daß dem Ministerium Dusch scharfer gegenüber getreten werden und hinzugefügt, er wolle zwar noch nicht von Unruhe und Verfall der Fraktion an der Zentrumssache sprechen, das Zentrum erwarte aber, daß die Fraktion die oppositionelle Stellung des Zentrums gegenüber der Regierung künftig deutlich zum Ausdruck bringe.

Als Dr. Schenkel zurückgetreten war, sprach die Zentrumspresse von einem Triumph des Zentrums; dieses Triumphegeschrei war durchaus unbegründet, aber es war immerhin ein willkommenes Mittel, vor dem katholischen Volke darzulegen, welche außerordentlichen Erfolg das Zentrum und sein Führer Wader mit seiner Politik errungen habe. Wer die Geschichte des Zentrums kennt, wird hierüber nicht erstaunt gewesen sein. Die Macht des Ultramontanismus wird, wenn man ihn einmal eine Clappe zugesteht, nur beehrenwert und strebt immer stürmischer seinem Ziel zu, von dem wir hoffen, daß es sich nie in die Wirklichkeit umlegt. Es ist nur ein einziges Novum vorgebracht worden, eine ziemlich harmlose Sache (Dr. Schofer lacht), der Wahlverfall des Ministers Dusch, der an die vaterländischen Wähler gerichtet war. (Zwischenrufe des Zentrums.) Gegenüber der Tatsache, daß gerade diese Schilde am Wahltag der Urne fernbleiben, ist nichts gegen diesen Erfolg einzuwenden; eine andere Frage aber ist die, ob es angebracht war, einen solchen Erfolg hinauszugeben. Die Tatsache, daß dieser Erfolg der gegnerischen Presse Gelegenheit gab, über Wahlbeeinflussungen seitens der Regierung zu klagen, legt nahe, in Zukunft solche Wahlverfälle zu unterlassen. Außer diesem Wahlverfall hat sich aber seit dem letzten Landtag nichts ereignet. Der Abg. Lehner hat dem Minister Honsell sein volles Vertrauen entgegengebracht. Ich schätze die Person dieses Ministers hoch, ich beuge mich nicht vor seinen großen technischen Leistungen, ich zögere auch nicht, festzustellen, daß Finanzminister Honsell als qualifizierte Mann angesprochen werden muß. Immerhin konnte es aufällig erscheinen, daß ein Vertreter des Zentrums hier diesem Minister sein Vertrauen ausdrückt, allen anderen Ministern aber sein Mißtrauen, umso mehr als Minister Honsell noch keine Arbeiten als Minister geleistet hat, die der Kritik unterstellt werden könnten; es müßte denn sein, daß als eine solche Arbeit der Gehaltsstärker betrachtet wird. Wenn man auch aus der großen Unzufriedenheit über den vorstehenden Gehaltsstärker kein Mißtrauen gegenüber dem Finanzminister schöpfen kann, so rechtfertigt aber auch dieser Gehaltsstärker sein Vertrauensvotum.

Weniger freundlich hat sich der Abgeordnete Lehner dem Minister Rodman gegenüber ausgesprochen. Auch das noch den Ausführungen der Zentrumspresse zu erwarten. Dieser Minister ist kein unbeschriebenes Blatt, er hat aus seiner politischen Schätzung nie einen Zweifel gemacht, daß er ein Mann der Fähigkeit ist, sich niemandem beizugeben. Wir können dem Minister Rodman ebenfalls Vertrauen entgegenbringen. Das Zentrum macht ihm nun zum Vorwurf, daß er sich an die Konvention gewandt hat, damit diese bei der Präsidentenwahl einem Nationalliberalen die Stimme geben. Es ist das

aber in völliger Wahrung der konstitutionellen Grundzüge geschehen. Die letzten Landtagswahlen sind unter dem Zeichen der Blockpolitik ausgefallen worden, genau so wie die letzten Reichstagswahlen. Wie im Reiche, wie in Württemberg dem Zentrum der Präsidentenwahl verweigert worden ist, so geschah es auch hier in Baden. Wenn die Liberalen sich zu einem fraktionellen Verband zusammenschließen, so haben nur diese Parteien die Verantwortung zu tragen, nicht aber hat das Zentrum ein Recht, diese Vereinigung nicht anzuerkennen. Unsere Auffassung bei der Präsidentenwahl stand nicht in Widerspruch zur Gerechtigkeit und auch nicht zur parlamentarischen Praxis, wie diese auch im Reichstoge ausgeübt worden ist. Was den Minister Freiherr von Marschall anlangt, den der Abg. Lehner nicht erwähnte, so zählt sich dieser Minister ja nicht zur nationalliberalen Partei. Er hat in durchaus erfruchtlicher und erfruchtlicher Weise seines Amtes gewaltet. Ueber Fälle, die scharf zu kritisieren sind, werden wir später noch sprechen. Dank und Anerkennung verdient der ausgezeichnete Finanzminister Dr. Becker und der Minister des Innern Dr. Schenkel. Dieser hat sich große Verdienste um das Land erworben. Was ihm wegen der Großblockpolitik vorgeworfen wird, so rangiert das unter dem, was nicht der Wahrheit entspricht. Es entspricht nicht unseren Grundzügen, daß wir für die Großblockpolitik ein Plaket der Regierung eingeholt haben. (Lachen im Zentrum.) Auch der Staatsminister von Dusch war nicht in der Lage, irgendwelchen Einfluß auf die Großblockpolitik zu nehmen. Was die Gründe unseres damaligen Vorgehens anlangt, so sind sie auf dem letzten Landtage genügend erörtert worden. Herr Dr. Lehner mag diese Nebenworte machen, wenn er sich für jene Gründe interessiert.

Der Abg. Lehner hat dann die Parteien Revue passieren lassen. Die konservative Fraktion wurde heftig gelobt. Wir gingen natürlich von der Erwägung aus, daß es uns geingen werde, die Konservativen auf andere Seite zu bringen und mit ihnen eine parlamentarische Vorherrschafft des Zentrums zu brechen. Wir sind deshalb an die Führer der Konservativen bei den letzten Landtagswahlen herangetreten, es wurde uns aber gesagt, daß die Konservativen lieber mit dem Zentrum zusammengingen, weil sie mit diesen bessere Mandatsgeschäfte machen könnten. (Lachen im Zentrum.) Ich bestreite das. Nun bei meinem Besuch bei dem Führer der Konservativen, Freiherr v. Rühl (Jurist) Lehner: Sie haben ja sehr viele Besuche gehabt! Ich bin doch erfüllt worden. (Lachen im Zentrum.) Ich bestreite das. Insbesondere ist von diesem Führer darauf hingewiesen worden, daß auch das letzte Mandat der Konservativen, nämlich Karlsruhe-Land, nur aus und das zur Zeit, wo die Konservativen mit den Liberalen zusammengingen, verloren gegangen sei. Auch dieses Mandat sind wir auch bei den letzten Reichstagswahlen an die Konservativen herangetreten, um mit ihnen Schulter an Schulter zu kämpfen. Nachdem das abgelehnt worden war, richtete sich natürlich die Kritik des Volkes auch gegen die Konservativen. (Zwischenrufe des Zentrums, — der Präsident bittet diese Zwischenrufe zu unterlassen.) Der Abg. Lehner hat das Zentrum natürlich sehr gelobt; das Zentrum ist konservativ, ist liberal, ist frei-sinnig, ist gut bürgerlich. Nun es hat wohl auch etwas von der Sozialdemokratie herübergenommen. Ich brauche ja nur auf den „Waldmichel“ zu verweisen. (Lachen im Zentrum.) Wenn der Sohn des Waldmichel stürmische Heiterkeit, ich meine natürlich die Brotschüre, mit Rosa Luxemburg eine enge Verbindung eingehen sollte, so sollte uns das nicht eben verwundern. Was die Art der Agitation und die ganze Staatsgestaltung anlangt, die aus diesen spricht, so können diese mit Erfolge den Wettlauf antreten. Der Abg. Lehner hat uns darauf hingewiesen, daß ohne das Zentrum die Nationalliberalen gar nichts erreichen könnten im Parlament, nun tut das Zentrum hier etwas anderes als seine Pflicht? Haben wir vielleicht das Zentrum schon vorgehalten, daß dieses ohne die Nationalliberalen nichts erreichen könnten? Wenn das Zentrum so arg angefeindet wird, so fragen sie nach der Ursache in Köln bei dem Wanne an, der das Wort: „Heraus aus dem Turm!“ gesprochen hat. (Zustimmende Zwischenrufe des Abg. Lehner.) Sie können aber nicht aus dem Turm heraus, und der Ruf des Herrn Böhmer ist verflungen! Es sind ja neuerdings wieder ange-sehene Männer von treuer katholischer Gesinnung aufgetreten, die über die konfessionelle Abhängigkeit des Zentrums geklagt haben, aber wie sind diese Männer behandelt worden? Wie ist Savigny behandelt worden, wie Schell? Was das nicht ein Skandal! Es ist hier auch auf die kirchenfeindliche Haltung der Nationalliberalen hingewiesen worden; ich muß diesen Vorwurf mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Das ist kein Geringfügiges, daß wir über-schneidung des Reichstages aus dem Politischen ausschließen, verheißt sich von selbst. Den Nationalliberalen kann es nur zur Ehre gereichen, wenn sie zur Erkenntnis gelangen, daß das Zentrum vor allem bekämpft werden muß. Ich begreife die ungerühmte Feindschaft des Zentrums, was wir bei den nächsten Landtagswahlen machen werden. Wir haben 1905 ein lustiges Zusammengehen mit der Sozialdemokratie vereinbart, um das Zentrum zu decken; ich hoffe, daß es uns bei den Wahlen 1909 möglich sein wird, aus eigener Kraft das Zentrum zu bekämpfen. (Lachen links und im Zentrum.)

Zum Schluß möchte ich mich noch den Budgetfragen zuwenden (Jurist: Wenig!); eine viel erquicklichere Sache. Durch die Einführung der Vermögenssteuer ist eine Verschönerung der Finanzen erfolgt, allerdings auf Kosten der Städte, der großen Industriezentren. Das platte Land ist dadurch entlastet worden. Auch das Kleinvermögen ist bei der Vermögenssteuer gut geschützt; allerdings kommt aber indirekt, daß nur die Hälfte der Schulden abgezogen werden darf, Redner wendet sich also dem Budget zu. (Die Zentrumsabgeordneten haben sich inzwischen fast sämtlich aus dem Saal entfernt.) Vom Vorsitzenden der Budgetkommission ist auch die Anleihepolitik geredet worden. Seit 1874 haben wir keine allgemeinen Staatsanleihen gehabt; dagegen beträgt die Eisenbahnanleihe die effektivste Summe von 435 Mill. M. Die Frage muß aber doch erzwungen werden, ob bei der derzeitigen Lage und bei den großen Aufgaben des modernen Staates ohne Anleihenmittel nicht weiter auszukommen sein. Auf wievielen Gebieten, besonders auch auf dem Gebiete der Schule, sind wir im Hindernisse gekommen? (Jurist des Abg. Fröhner: Sehr gut.) Wir haben bisher immer zur Erhöhung der Steuern getrieben; aber wir haben heute schon in Baden die höchsten Steuern. Wir sind heute vor die Alternative gestellt, entweder eine Steuererhöhung vorzunehmen, Dresden hat bisher stets den Reiz der Anderen erzeugt durch seine Budgets; jetzt aber vernimmt man das Wort: „Wohlstand der preussischen Finanzpolitik.“ Der badische Staatsanleihe und auch die Rekonstruktion der badischen Finanzpolitik würde nicht leiden, wenn wir die Anleihepolitik prinzipiell nicht mehr ablehnen würden. Sollen Sie auf Bayern, Württemberg und Hessen, deren Staatsanleihe trotz der Anleihen nicht nachgelassen hat. Hessen ist und gerade wegen seiner Anleihepolitik in vielen kulturellen Dingen voran. Wir sollen uns urchenlichen Mitteln die vielen Millionen der Rheinrenten, der Landesgefängnisse, der Heil- und Heilanstalten aufbringen, da ist es nicht zu verwundern, wenn wir schon wieder zu einer neuen Steuererhöhung überredet werden. Hessen hat bisher für allgemeine Staatsanleihen (außer für Eisenbahnen etc.) 84 Millionen Mark Staatsanleihen aufgenommen, das ist eine wirklich große Menge, wenn man bedenkt, daß diese An-

leihen für Bauten von Gefängnissen, Schulen, Heil- und Heilanstalten, für Regulierung der Rade, Baden Hessen das zum kann, so wäre es gewiß keine Verflüchtigung wider den heiligen Geist der Finanzverwaltung, wenn Baden das gleiche bezüglich der Rheinrentenregulierung täte. Es muß darum der Regierung die Erwägung nahegelegt werden, mit der bisherigen Finanzpolitik prinzipiell zu brechen; wir sind weit davon entfernt, die Schuldenwirtschaft des Reiches zum Muster zu nehmen.

Wir brauchen auch nicht soweit zu gehen wie Hessen, Bayern und Württemberg; aber Ausgaben von außerordentlicher Höhe auf Generationen hinaus sollten auf Anleihen übernommen werden, natürlich bei einer kräftigen Amortisation. Ich kann nicht finden, daß dieser Weg ungangbar ist, er ist vielmehr im Interesse unserer Staatsfinanzen gelegen. Zur Vermeidung der großen administrativen Kredite will Freiherr von Goeler vom landständischen Ausschusse größere Kompetenzen eingeräumt sehen; dem möchte ich aus konstitutionellen Bedenken entschieden entgegenstellen. Was im übrigen die Auffassung meiner Freunde anlangt, so haben wir mit großer Freude die Worte zu Beginn des Landtages gehört, daß „die Geschäfte unseres Landes im Sinne und Geist geführt werden sollen, der für uns Baden eine schöne, ruhmvolle Tradition geworden ist, nicht nur in unserer badischen Heimat selbst, sondern auch in unserem ruhmvollen deutschen Vaterland.“ (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Kolb (Soz.):

Es gibt ein Sprichwort, das heißt: „In der Beschränkung zeigt sich erst der Meister.“ Herr Dr. Binz ist im Irrtum, wenn er meint, daß der Erfolg seiner Rede im Verhältnis zu ihrer Länge stehen wird. Das diesmalige Budget ist im Gegensatz zu früheren ein Ueberschußbudget, und als solches recht erfreulich. Für unser kleines Baden beträgt aber unser Extraordinarium mit 10 Mill. Mark ein ganz exorbitante Belastung. Die „gesamte Finanzlage“ ist seitens der Regierung zu einer wahren Vogelstrecke aufgetakelt worden, mit der sie dem Landtag mit Erfolg Angst gemacht hat. Eine gespannte Finanzlage liegt nicht vor; den Beweis liefern die Zahlen des umlaufenden Betriebsfonds, der Ende 1907, etwa 18 Mill. betragen dürfte. Ein weiterer Beweis sind auch die Zahlen der Amortisationskasse, in der sich gegenwärtig 33 Mill. Mark befinden. Wir haben ein reiches Vermögen von 13 Mill. Mt., außerdem haben wir die 18 Mill. M. des umlaufenden Betriebsfonds. Ich meine bei solchen Tatsachen sollte man nicht länger von einer schlechten Finanzlage sprechen. Es ist ja ein schöner Gedanke, keine Staats-schulden zu machen. Eine solche Frage aber wird entschieden durch die Praxis. Wir haben eine ganze Reihe bedeutsamer notwendiger Aufgaben nun wieder von Budget auf Budget verschoben. Wenn wir uns vorstellen, wo wir im Wirtschaftskreis hingekommen wären mit der Finanzpolitik des Staates, dann erst können wir die Gefahren dieser Politik für unsere Volkswirtschaft ermessen.

An unserer Finanzgebarung hat stets der große Zug gefehlt. Eine Finanzpolitik, wie ich sie empfehle, äußert sich vor allem in der Steuerkraft des Landes. Man hat auf Gebieten gebremst, wo nicht gebremst werden sollte; ich erinnere an die Volksschule, an die Aufbesserung der Arbeiter, an den Gehaltsstärker der Beamten. Das kommt daher, daß wir Jahre lang gebaut haben, als ob wir im Golde schwämmen. Von 1897—1906 haben wir rund 14 Millionen für Staatsbauten aufgewendet, die wir ohne weiteres auf Anleihen hätten übernehmen können. Dabei sind ungeredet die sonstigen Ausgaben für Staatsbauten, wie z. B. die Bezirksämter in Mannheim, Karlsruhe und Brunsal. Der Erfolg dieser sparsamen Finanzpolitik war ein kulturelles und soziales Defizit. Nicht man die Erfolge der Städte in Betracht, so hat die Anleihepolitik der Städte jedenfalls den Vorzug zu erhalten, die Arbeiter der Städte sind bereits in ein etatmäßiges Verhältnis gebracht worden; der Staat aber erklärt, hierzu nicht instande zu sein. Der Abg. Lehner hat empfohlen, wir sollen Anteil an der preussischen Klassenlotterie nehmen. Ich bin nicht dafür, daß wir in solcher Weise die Dummheit besteuern. Ich glaube nicht, daß eine städtische Verwaltung den großen Fehler macht, den unsere Staatsverwaltung gemacht hat, nämlich die Volkserträge zu vergebem. Das sind die Fehler einer Kurzsichtigkeit und Ungherzigkeit auf dem Gebiete der Finanzverwaltung, wie wir sie nicht mehr finden sollten. Als vor 6—7 Jahren die Vor schläge bezüglich der Anleihepolitik gemacht wurden, da setzen sich die Nationalliberalen noch durch die Autorität der Regierung imponieren.

Darum hat man nicht früher die Wertzuwachssteuer eingeführt; heute kommt man damit, nachdem man ungezählte Millionen in die Taschen der Waisenkassen hat stecken lassen. Der letzte Versuch, die Finanzministerie im Reiche zu be-seitigen, ist durchaus mißglückt. Die Fabelrentensteuer kostet den preussischen Staat 10 Millionen Mark. (Abg. Fröhner: So muß es kommen!) Man will jetzt einen Versuch der Berechtigung der Matrikularbeiträge machen; der Grundgedanke ist ein durchaus gelinder. Die ganze Ungerechtigkeit der Reichsteuern beruht aber darauf, daß die Kosten nach der Kopfzahl, nicht nach der Leistungsfähigkeit verteilt werden. Gegen die neuen Steuer-vorlagen müssen wir energisch Protest einlegen. Es sollte nicht nur mündern, wenn die Finanzminister demnach nicht eine Wiedereinführung der Matrikularbeiträge einführen werden. Was ist es für ein Zustand, wenn fortgesetzt der Verkehr besteuert wird? In Baden ist vor kurzem eine neue Anleihe von 34 Millionen Mark begeben worden zum Kurs von 97,50 Proz. Ein so niedriger Kurs ist aber nicht gerechtfertigt gewesen, zumal wenn alle badische Anleihen zum Kurs von 99 gekauft werden. Meine Genehmigung möchte ich dabei ausdrücken, daß die badische Regierung nicht eine automatische Finanzregulierung vorgegeben hat bei dieser Anleihe wie die preussische.

Frage: Möchte ich hier die Frage der Bankmäßigen Ausgestaltung unserer Finanzverwaltung, wie das eine vor 2 Jahren erdichtete Broschüre eines badischen Finanzbeamten empfiehlt. Es müßte möglich sein, daß die Amortisationskassen Stagen auf Zeit und Zins nimmt. Wir müssen hier auch mit der Konzentration im Lande rechnen. Der Abg. Lehner hat sich verwundert, daß die Reichsfinanzpolitik nicht mehr Regenerierung im Lande herbeizuführen hat. Was die Aufnahme des Einzahlens im „Volkstempel“ angeht, so war das ein Zufall. Ich möchte davon ab-rotten, daß die Steuer erst am 1. Januar 1910 außer Kraft tritt, sie würde dann wohl überhaupt nicht außer Kraft treten. Wäre das wirklich nur ein Geldan auf die Regierg, so liegt ganz gewiß kein Grund vor, die Regierg einseitig zu behandeln. Und wo bleibt dann die Mittelstandspolitik des Zentrums? Die Regierg gebären doch in E. zum Zentrum. Die Eisenbahnpolitik in Baden sollte ich für eine Verflechtung. Der Vertriebskoeffizient ist auch eine solche Vogelstrecke geworden; man kann ihn hoch und niedrig schrauben, je wie man will. Dem Postamt sind in finanziellen Dingen ja ganz kein Anleihe, wohl aber; auch die Selbstständigkeit unserer Baden



anfangt. Die Tarifreform ist völlig möglich und hat nur die Vorherrschaft Preussens gefährdet. Der Gedanke der Reichsbahnbahnen ist völlig verpufft.

Ich möchte an die Regierung die Frage richten, wie es mit der Einführung der 4. Wagenklasse in Baden steht. Ich würde sie aus finanziellen und sozialen Gründen auf das lebhafteste bedauern. Man hat hier die Eisenbahnschuld als schwarzen Mann hingestellt. Dazu liegt aber gar kein Grund vor, wo sich diese Schuld zu 6 Prozent rentiert. Man darf nicht vergessen, daß der Wert unserer Eisenbahnen um mehr als 200 Millionen Mark gewachsen ist, während sie nur um 100 Mill. Mark mehr belastet worden sind. Der Abg. Lehner meint, unsere Bahnhöfe seien zu groß angelegt; nun wir haben gerade soviel Geld unnötig verbrannt, weil wir unsere Bahnhöfe fast zu klein anlegten. Wo ist der Bahnhof, der zu groß ist? Ich möchte auch an die Regierung die Frage richten, wie steht es mit der Rentabilität unserer Privatbahnen? Ich könnte es nicht verstehen, daß fortgesetzt neue Privatbahnen gebaut werden, wenn sich diese nicht rentieren. Dies hat auch der Staat Millionen in die Taschen der Privatleute gejagt.

Wenn ich von den Verhältnissen im Reich spreche, muß ich von den Verhältnissen in Preußen sprechen. Preußen ist der reaktionärste Staat. Solange nicht das Wahlrecht hier reformiert wird, solange hat auch das Wahlrecht der süddeutschen Staaten keinen Erfolg. Was sagt die bayerische Regierung dazu, daß der Reichstagslangler im preussischen Abgeordnetenhaus erklärte, die Ueberzeugung des Reichstagswahlrechts entspreche nicht dem preussischen Staatswohl? Wohlwollend geht man über die Forderungen der Arbeiter im preussischen Abgeordnetenhaus hinweg. Gleichzeitig aber sucht man die Wahlrechtsdemonstrationen der Arbeiter zu unterdrücken. Wenn es zu Ausschreitungen gekommen ist, so war das nicht die Schuld der Arbeiter. (Präsident Fehrenbach erwidert dem Redner, nicht preussische Maßnahmen in diesem Hause zu kritisieren.) Die preussische Wahlrechtsfrage ist eine nationale Frage. Der Abg. Lehner hat den gegenwärtigen Finanzminister Honfeller in geradezu verdächtiger Weise begrüßt. Ich habe keine Ursache, einen der Herren Minister anders zu behandeln als den andern; mir ist einer so lieb wie der andere. (Heiterkeit.) Ich habe keine Ursache mit meinem Lob über die Arbeitskraft und die Kenntnisse des abgegangenen Ministers Schenkel juristisch zu halten; er wäre wohl gern liberaler gewesen, als er sich gab; er verführte so die Nationalliberalen in ihrer heutigen zweifelhaften Lage.

Somit ich von den Dingen weiß, hat die Regierung keinen Einfluß auf die Großpolitik genommen; sie ist ja von selber der Sozialdemokratie feind gewesen. Wir stehen der Regierung nach wie vor mißtrauisch gegenüber; es ist nichts Besseres nachgefolgt. Die Sozialdemokraten werden auch nur als Staatsbürger zweiter Klasse behandelt. Man hat soviel von Blockpolitik gesprochen; aber diese ist niemals in die Erscheinung getreten, dazu stehen die Nationalliberalen noch viel zu weit rechts. Wenn die Blockpolitik nicht in die Erscheinung tritt, so stehen dem nicht die Sozialdemokraten, sondern die Nationalliberalen entgegen. Diese haben noch immer Angst vor uns; ich erinnere nur an die Aeußerung des Abg. Obkircher über das Gemeindegewaltrecht, daß die Sozialdemokraten die Gemeinde nicht verwalten, sondern verwalten würden. Die Nationalliberalen sind das Hindernis, die ihre Macht auch mit Umgehung ihrer Prinzipien aufrecht erhalten wollen.

Es war unklar vom Minister des Innern, daß er in der Präsidentenfrage den ergebnislosen Witzgang zu den Konservativen unternahm. Es war technisch nicht klug, wenn die Nationalliberalen die Sozialdemokratie vom Präsidium ausgeschlossen haben. Wir übernehmen alle verfassungsmäßigen Verpflichtungen, darüber hinaus sollte man uns doch nicht etwas zumuten, was selbst an der höchsten Stelle drangenommen empfunden würde. Der Abg. Lehner hat uns wieder den Vorwurf des Klassenkampfes gemacht; aber er ist das einzige Mittel, mit dem die Arbeiter Erfolg zu können. Das Zentrum ist immer liberal, solange es nicht die Wehrheit hat. Es würde auch in Baden die konfessionelle Schule einführen, wenn es hier die Mehrheit hätte. Die ganze Zentrumspolitik ist zusammengesetzt aus innerer Unmohrhaftigkeit. Das Zentrum hat nur deshalb die große Macht, weil der Liberalismus in Deutschland sich nicht aufrafft und nicht mit der Sozialdemokratie zusammenschließt. Was die Linken seit der letzten Reichstagswahl getan haben, war nationalliberale Politik. Der einzige Erfolg des Blocks war, daß einige Linkenliberale zu Kommerzienräten ernannt wurden oder Hofe Adlorden 4. und 5. Güte erhielten. Diese Orden sind keine Auszeichnungen sondern Kennzeichnungen. (Der Präsident rügt daß Kolb die Ordensauszeichnungen als Brandmal bezeichnet.)

Der Vorwurf gegenüber der Sozialdemokratie, daß sie den gewaltsamen Umsturz will, ist unredlich und unwahr. Revolutionen sind nie von unten, sondern von oben gemacht worden. Man kann mit Gewalt einen Gesellschaftszustand herbeiführen, den wir wollen. Wir können diese Entscheidung beschleunigen, deshalb fordern wir unsere Rechte. Die Regierung hätte allen Anlaß, uns als gleichwertige Staatsbürger zu behandeln; sie würde nur Vorteil davon haben. Dasselbe gilt gegenüber den Nationalliberalen. Den Erfolg sieht man in Schoysheim. Daß es Schwab's gibt, daran ist die Prinzipienfestigkeit der Nationalliberalen schuld. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Staatsminister Freiherr von Datz

Als gegenüber der Anfrage des Abg. Kolb, wie sich die Regierung zur Erklärung des kürzlichen Falls im preuss. Abgeordnetenhaus stelle, daß das Reichstagswahlrecht dem Staatsinteresse in Preußen entgegen sei, die kurze Erklärung ab, daß er eine Antwort auf diese Anfrage abgeben, da die bayerische Regierung sich enthalten müsse, in die Angelegenheiten eines anderen Staates sich einzumischen. Er bedauere, daß der Abg. Kolb gegenüber dem Reichstagslangler einen solchen Ton angeschlagen habe.

Hierauf wird die Debatte abgebrochen und auf morgen vertagt.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Stuttgart, 24. Jan. Laut „Schwab. Merkur“ ist Doktor med. Albert Tafel von hier nach vierjährigen Forschungsreisen in Nord-Sibirien und Tibet mit wertvollen wissenschaftlichen Ergebnissen gestern Abend wieder hier eingetroffen.

Köln, 24. Jan. In der Privatklage Korzen-Schmidt legte Schmidt gegen das Urteil Revision ein.

Köln, 24. Jan. Der Gouverneur a. D. von Benningen wird, wie die „Köln. Ztg.“ meldet, gegen das ihn bezweifelnde Erkenntnis in Sachen des Dr. Peters gegen ihn

nach Zustellung des Urteils u. „Köln. Ztg.“ Verurteilung einlegen.

Berlin, 23. Jan. Graf Schwerin-Soeswig und Genossen brachten im Reichstage einen Gesetzentwurf ein betreffend die Abänderung des Zudersteuergesetzes ab 1. April 1909, nach welchem die Zudersteuer auf 10 Mark pro Hektar Kilogramm Reingewicht festgesetzt wird. Sollte der Nettvertrag der Zudersteuer in den Geschäftsjahren 1909, 1910 und 1911 den Betrag von 140 Millionen Mark nicht erreichen, so ist der Reichstagslangler beauftragt, zur Deckung des jeweiligen Fehlbetrages eine Anleihe anzunehmen. Sobald die Einnahmen aus der Zudersteuer den Betrag von 140 Millionen Mark übersteigen, ist der Mehrertrag zunächst zur Tilgung dieser Anleihen zu verwenden.

Wies, 24. Jan. Bei der gestrigen Reichstagswahl im Wahlkreise Plesch-Rudnit erhielten nach den bisher vorliegenden Meldungen Erdbrunn (deutsche Parteien) 4760, Pfarrer Woidol (Str.) 2840, Pfarrer Waiba (Pole) 13570, Bahnsch (Soz.) 295 Stimmen. Aus 12 Bezirken stehen noch die Ergebnisse aus, doch erscheint die Wahl des Polen gesichert.

Marokko.

Paris, 24. Jan. Nach einer Depesche aus Fez ist Mahomed Chergut, der den Gefangenen Kaisuli nach Tanger begleitete und unterwegs die Stämme für Mulay Hafid günstig stimmen sollte, von diesen freundlich aufgenommen worden. Nach einer anderen Depesche von dort, erklärte einer der dortigen Anführer der Rebellion öffentlich, man brauche Europa nicht zu fürchten, da die übrigen Staaten Frankreich feindlich gegenüber ständen und dieses daran hindern würden, Marokko Gewalt anzutun. Die Franzosen und die Spanier hätten kein Recht, sich in die inneren Angelegenheiten Marokkos einzumischen. Casablanca würde bald zurückerobert sein. El Merani entsandte an die Gouverneure aller Hafenplätze, auch an den von Tanger, ein Schreiben mit der Aufforderung, Mulay Hafid zum Sultan zu proklamieren, selbst wenn es deswegen zu Blutvergießen kommen sollte. Nur die Europäer, die Mulay Hafid als Sultan anerkannten, dürften in Marokko wohnen.

London, 2. Jan. Wie ein hiesiges Blatt aus Tanger meldet, liegen nach dort eingetroffenen brieflichen Nachrichten mehrere Regierungsbeamte, die als händiger Sekretäre des Großveziers und des Ministeriums des Auswärtigen beschäftigt wurden, ihre Familien im Stich und begaben sich heimlich nach Fez, um sich der Sache Mulay Hafids anzuschließen.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Konzert Dies. Das von dem erblindeten Violinisten K. Dies unter Mitwirkung bewährter musikalischer Kräfte gestern im Hoftheater veranstaltete Konzert darf hinsichtlich seiner Durchführung als ein wirklich glänzendes bezeichnet werden. Der Konzertgeber führte sich mit der ersten Nummer, einem Konzertstück des bekannten Königlich-holländischen Violinisten Friedrich des Großen in Reinediger Bearbeitung, sympathisch ein, wie wohl das wenig bedeutende Werk jener Zeit unserem Geschmack nichts Besonderes bietet. Seitdem hat sich das musikalische Leben so gewaltig geändert, auch aus der ersten Hälfte der Gelehrten sentimentalen Schwärmereien ist dank dem genialen Reformator Böhm und seiner Nachfolger ein brillantes, tonstarkes Konzertinstrument, nicht selten aus Metall gefertigt, geworden, wobei freilich mehr die Quantität auf Kosten der Qualität gekommen hat, wenigstens wie die Anhänger des alten Systems meinen. Indessen mag der reine ausgeglichene Ton der Violin, die markige Tiefe wie die ausgiebige Höhe den Hörer wohl mit der Einbeziehung an der gewohnten Weichheit des alten Violintones vermissen. Diese Vorzüge konnte auch der Solist gestern namentlich in der beliebten Romanze „Frühlingserwachen“ von Bach auf solchem Instrumente wirklich zur Geltung bringen. In und für sich heißt ja die Höhe die geringste Ausdrucksfähigkeit unter den Blasinstrumenten und verliert mehr durch glänzende Technik zu sein. Hierzu hat zum Schluß die auch in Dilettantenkreisen beliebte Hauptphantasie von Popp, der sich in der Violinliteratur mehr fruchtbar als flüchtig betätigt hat, einigermaßen Gelegenheit und angenehm schmeichelten die glatten, chromatischen Läufe, Triller und Variationen dem Hr. Violinisten Reichall lobte sein feines Können, gepaart mit tiefem Kunstempfinden. Als freistehendes Violinstück plangte Herr Dr. Doimastler Cugelschard, der zunächst in dem Röntgen'schen Violinkonzert D-moll namentlich seine tadelloso vollendete Technik und weiter in Schubert's bekanntem, inangeführten „Ave Maria“, dessen erste Strophe in cellolartiger Fassung und die zweite mit Doppelgriffen in schnellpöller Mittellage geliebt, auch seine edle, namengeeignete Kantilene offenbaren konnte. Einen hohen Kunstgenuss hat endlich die Vertreterin der Violinistin, Professorin Angerlin Fr. Dina von der Fijber, welche die Volkslieder „Der Nussbaum“ von Schumann und „Die Partelle“ von Schubert, jedoch ein holländisches Lied mit prächtigen Saitenmitteln und mustergültiger Aussprache dem dankbaren Publikum zu Gehör brachte. Sie konnte den starken Beifall mit einer weiteren Dreieinigkeit antworten und einen wohlverdienten großen Lorbeerkranz entgegennehmen.

Ueber die neuen Jehuwarfscheine gerät der „Münchener“ in einen heiligen Zorn. Die genannte Zeitschrift des Herrn Konrad schreibt: Als ich den ersten sah, dachte ich unwillkürlich vor mich hin, denn eine Satze zu schreiben, ist immer ein Vergnügen, worüber aber ließ sich leichter schreiben, als über dieses Geschick. Das war nur eine Minute lang, dann folgten Gefühle, die auch der Satze die Deune verdrängen. Ich hörte neutral, das Ding sah aus wie ein Gegenstand, aber wie ein auf natürlichem Wege umgewandelt, wie ein künstlich konstruiertes, um einmal alle Fehler beisammen zu zeigen, die ein Graphiker machen kann. Aber sogar das wäre noch nicht das Schlimmste — wenn der neue Jehuwarfschein nur wenigstens künstlich in dem Sinne wäre, daß er irgendeine und irgendein im höchsten Leben hätte, irgend etwas, was der Zeitverwechslung gefehlt oder gefühlt oder gedacht hätte. Nichts davon, das Papier gabt einen an, als wenn irgend ein alter Münzmeister, der, zu dem weder vom Hauptstücken noch vom Hauptstücken überhaupt je ein mürmender Hauch geübt hat, das Geldverwecheln halber nach Herabsehen mit der eingedrungenen Manier zusammengekauert habe, während sein Kopf schon schlief. Ueber diesen, gottlos ungenannten zu sperren, kam einem vor, wie der Dohn des Ausfalls über den „alten Komdbanten“ in Ordn's Gedicht. Aber empörend ist, daß ein großes Volk wie das unsere derartige Möglichkeiten als Dokumente seines Kunstsinns hunderttausende oder millionenfach als vollstänzlich bestimmte Leistungen mit der staatlichen Autorität verdrückt, wo ohne einen Großen von Nebenleuten welche Kunstwerke verfertigt werden könnten. Es ist wahrhaftig an der Zeit, daß wir Deutsche uns nicht länger durch untere öffentlichen Dokumente selber als Trottel und Teppen in äußerlichen Dingen hinsetzen.

Volkswirtschaft.

Die 4proz. badische Staatsanleihe von 1908 ist, wie uns aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt wird, so stark überzeichnet, daß die Zuteilungsquote 4,2 Prozent beträgt.

Insolvenz. Ueber das Vermögen des Kaufmanns Karl Sch. Kreg, Inhaber der Firma „Badische Gummiwaren- und Holzgesellschaft Kreg u. Sipfel in Karlsruhe wurde der Konkurs eröffnet.

Brauererei Waldbühel A.-G., Waldbühel i. B. Bei dem Unternehmen, das die Brauerei Squarr u. Degler, Trompetebräu in Sickingen käuflich erworben und zu diesem Zweck das Aktienkapital um M. 300 000 auf M. 800 000 erhöht hat, ging der Dividenden in 1906-07 von M. 380 238 auf M. 350 542 zurück, während andererseits die Unkosten sogar eine Erhöhung von M. 304 084 auf M. 318 640 erfahren, so daß sich der Bruttogewinn trotz des höheren Bruttos von M. 21 886 (M. 4292), von M. 76 737 auf M. 53 788 ermäßigte. Nach M. 28 025 (M. 32 900) Abschreibungen bleibt ein Reingewinn von M. 28 266 (M. 43 828), wovon M. 2138 zu Gratifikationen vermerkt, M. 2001 der Reserve überwiesen und M. 18 529 vorgetragen werden. Eine Dividende gelangt demnach wie im Vorjahr nicht zur Verteilung. Nach dem Bericht wurde das Ergebnis durch einen zu Beginn des Betriebsjahres ausgebrochenen Brand beeinflusst. Daraus war die Gesellschaft nicht in der Lage, wie sonst ca. 5000 Str. Gerste selbst zu mahlen. Die Ausschüttung für das laufende Jahr seien u. „Köln. Ztg.“ wieder nicht erlaubt.

Kadarsulmer Fahrradwerke A.-G. in Kadarsulm. Der Geschäftsbericht bemerkt, daß die im Jahre 1905-06 hergestellten Erweiterungsarbeiten und Neueinrichtungen im abgelaufenen Geschäftsjahr erstmals voll zur Geltung kamen, wodurch in allen Teilen eine Steigerung der Umsätze ermöglicht wurde. Arbeitslöhne und die Preise der Rohmaterialien bewegten sich weiter in steigender Richtung, ohne daß das Werk mit einer Erhöhung der Verkaufspreise folgen konnte. Die im Rohmaterial gemachten Fortschritte seien zufriedenstellend und auch in den anderen Abteilungen sei der Auftragsbestand größer als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Nach Abzug von 117 073 Mark (i. V. 109 639 Mark) Abschreibungen und einschließlich M. 60 350 (68 718 Mark) Vortrag verbleibt ein Reingewinn von Mark 460 523 (333 595 Mark), wovon 12 Prozent (wie i. V.) Dividende verteilt werden sollen. Der Delcrederefonds soll 20 000 Mark (wie i. V.) erhalten, dem Immobilienkonto sollen 10 000 Mark dem Maschinenkonto 50 000 Mark, als außerordentliche Abschreibung (i. V. 13 117 Mark, auf Inventar) verbucht werden, 74 640 Mark (60 350 Mark) werden auf neue Rechnung vorgetragen.

Gesellschaft Kaiserlantern zu Kaiserlantern. Der Aufsichtsrat beschloß in seiner gestrigen Sitzung, der Generalversammlung eine Dividende von 12,5 Prozent (w. i. V.) vorzuschlagen.

Würzburger Volksbank. Die Generalversammlung genehmigte einstimmig den mit der Bayerischen Vereinsbank abgeschlossenen Fusionsvertrag.

Zur Münchner Stadtsanleihe melden die „M. N. N.“ aus Berlin: Das Konsortium, das die letzte Münchner Anleihe in Höhe von 25 Mill. M. im Frühjahr 1907 übernommen hat, offeriert diese Anleihe seit einigen Tagen zu 98 1/2 Prozent. Die Offerten kamen hauptsächlich aus Süddeutschland. Die letzte 4proz. Anleihe, die mit 101 1/2 Prozent zur Zeichnung aufgelegt und am 25. Mai 1907 mit 101 Prozent erstmals notiert wurde, befindet sich zum Teil noch in erster Hand. Nach am 17. Januar d. J. wurde sie zu 90,5 Prozent, zwei Tage später aber nur zu 89,4 Prozent notiert. In keiner anderen hier notierten 4proz. Anleihe haben in den letzten Tagen so dicke und so starke Verkäufe stattgefunden wie in dieser Anleihe und in den beiden Münchner Anleihen von 1900 und 1901, die gestern mit 97,80 Prozent den tiefsten Stand seit Bestehen erreichten. Wenn auch die Stadt München erklärt hat, daß zunächst keine Anleihe geplant sei, so will man doch in dem bräunlichen Angebot von Münchner Anleihen hier die Vorbereitung des Marktes für eine kommende Anleihe erblicken. Ähnliches kann von den Anleihen der Stadt Nürnberg behauptet werden.

Die Breuerei zum Hühner A. Ehrhard A.-G. in Schillingheim schlägt die Ausgabe von bis Mark 2 Millionen Schuldverschreibungen vor, auch soll ein Aufsichtsratsmitglied zugewählt werden.

Im Konkurs Rouven zu Donaubrunn ist den Gläubigern jetzt ein Zwangsvergleichsvorschlag gemacht worden, wonach im ganzen 20 Prozent gezahlt werden sollen.

Vom Aolsmarkt berichtet die „N. W. Ztg.“: Die von anderer Seite verbreitete Nachricht, daß auf der nächsten Jahresversammlung von der Synkularleitung eine Erhöhung der Kolleneinschränkung von 10 auf 15 Prozent vorgeschlagen würde, wird uns von zuverlässiger Seite als unrichtig bezeichnet. Vermutlich wird der jetzige Zustand auch im Februar unverändert bleiben. Auch in Köfen wird die Lage im Februar voraussichtlich im allgemeinen die gleiche bleiben und eine Einschränkung nicht zu erwarten sein, wenn auch schon in einzelnen Sorten hin und wieder Störungen auftreten.

Ueber den süddeutschen Kohlenmarkt. Zu der unter dieser Spitzmarke im Dienstag-Abendblatt gedruckten Nachricht ist bezeichnend mitzuteilen, daß dieselbe nicht der „Köln. Ztg.“, sondern der „Köln. Volksztg.“ von einem sachverständigen Mitarbeiter geschrieben wurde.

(Telegraphische Handelsberichte siehe 6. Seite.)

Frankfurter Effektenbörse.

Telegramme der Continental-Telegraphen-Gesellschaft.

Schluß-Kurse.

Reichsbank-Diskont 6 1/2 Prozent.

Wahrsch.

Table with 4 columns: Location (Amsterdam, Berlin, London, etc.), Date (Jan 24), and Price/Value.

Bank- und Versicherungs-Aktien.

Table with 4 columns: Bank Name (Badische Bank, etc.), Date (Jan 24), and Price/Value.



Table with columns for 'Staatspapier', 'A. Deutsche', and '23. 24.' containing various bond and stock prices.

Table with columns for 'Aktien industrieller Unternehmen', 'Bergwerks-Aktien', and 'Aktien deutscher und ausländischer Transport-Anstalten'.

Table with columns for 'Frankfurt a. M.', 'Mannheimer Effektenbörse', and 'Obligations'.

Table with columns for 'Frankfurt a. M.', 'Mannheimer Effektenbörse', and 'Obligations' (continued).

Table with columns for 'Frankfurt a. M.', 'Mannheimer Effektenbörse', and 'Obligations' (continued).

Table with columns for 'Frankfurt a. M.', 'Mannheimer Effektenbörse', and 'Obligations' (continued).

Table with columns for 'Banken', 'Eisenbahnen', 'Chem. Industrie', and 'Industrie'.

Table with columns for 'Frankreich', 'W. Berlin', and 'Pariser Börse'.

Table with columns for 'Berliner Effektenbörse', 'Londoner Effektenbörse', and 'Pariser Börse'.

Table with columns for 'Londoner Effektenbörse', 'Berliner Produktenbörse', and 'Londoner Effektenbörse'.

Table with columns for 'Londoner Effektenbörse', 'Berliner Produktenbörse', and 'Londoner Effektenbörse'.

Table with columns for 'Londoner Effektenbörse', 'Berliner Produktenbörse', and 'Londoner Effektenbörse'.

Table with columns for 'Londoner Effektenbörse', 'Berliner Produktenbörse', and 'Londoner Effektenbörse'.

Table with columns for 'Londoner Effektenbörse', 'Berliner Produktenbörse', and 'Londoner Effektenbörse'.

B. Von der Frankfurter Börse. Die Zulassung der vom. Kart 30 Mil. approx. Württembergische Staatsanleihe...

Berlin 24. Jan. Die Deutsche Bank erklärt H. „Fest. Ztg.“ wiederholt, an dem Gerichte von einer Kapitalerhöhung sei nicht ein Schalten von Wahrheit.

Berlin 24. Jan. Die „Fest. Ztg.“ hört von autoritativer Seite, daß die Gerichte von einer Auflösung der Beziehungen zwisch. den Häusern Roschold und Wemont auf das Bestimmteste von beteiligter Seite wiedererproben werde.

Berlin 24. Jan. Die Rohhäutehandlung Max Jacobi jun. stellt nach der „Fest. Ztg.“ Konkursantrag. Die Passiven betragen 800 000 M. Die Konkursanträge wird auf etwa 15 pCt. gekürzt.

Berlin 24. Jan. Die Berliner Hypothekendarlehenbank schlägt für 1907 6 pCt. (i. B. 5 1/2 pCt.) Dividende vor. Die Reserven des Instituts werden H. „Fest. Ztg.“ durch Zurückziehung der Gewinne aus dem Verkauf der Aktien der Immobilienvereinsbank auf 5 Millionen erhöht.

Wien 24. Jan. Die Bruttoeinnahmen der Orientbahnen betragen vom 8. Januar bis 14. Januar 189 123, das sind mehr 15 645 Francs gegen die gleiche Zeit des Vorjahres. Seit dem 1. Januar betragen die Bruttoeinnahmen 439 691 Francs, das sind mehr 31 005 Francs gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Bukarest 24. Jan. Die Nationalbank setzte den Diskont auf 6 Prozent, den Lombardzinsfuß auf 6 1/2 Prozent herab.

Marx & Goldschmidt, Mannheim. Telegramm-Adresse: Margold. Fernsprecher: Nr. 56 und 1637. 24. Januar 1908. Provisionsfrei!

Table with columns for 'Wir sind als Selbstkontrahenten unter Vorbehalt', 'Berkauf', and 'Käufer'.

Stimmen aus dem Publikum.

Städtischer Rosenball. Die Vorschriften der Rosengarten-Kommission für den diesjährigen ersten großen Rosenball dürften unter den hiesigen Bürgern wenig Anklang gefunden haben. Schon im vorigen Jahre war man allgemein darüber misgestimmt, daß für die Herren, die ohne Maskerade erscheinen, der Frack-Anzug vorgeschrieben war. Wie viele haben einen solchen Anzug und wer schafft sich einen solchen an, wenn er ihn sonst vielleicht das ganze Jahr nicht mehr gebraucht, abgesehen davon, daß es überhaupt nicht jedermanns Geschmack ist, ein solches Ding zu tragen. Jedenfalls aber ist der Gehrock immer noch solonfähig und ohne Zweifel nimmt sich der Gehrock unter den bunten Farben der Moden-Kostüme mindestens eben so elegant an, wie die zwei Flügel eines Fracks. Man hat darüber schon allgemein gesprochen und neigt jetzt zu der Ansicht, daß diese Vorschriften für die Mannheimer Verhältnisse nicht passen. Am allerbedenklichsten bewies dies der letzte vorjährige Rosenball, wobei durchweg nur der Gehrock zu sehen war, der allerdings bergiert sein mußte. Wer aber läßt an einem solch kostbaren Stück Kleid dies machen? — Also fort mit diesem Kuriosum und die deutschen Verhältnisse etwas besser berücksichtigen. Entweder Frack und Gehrock, oder beides nicht und nur Frack. Gleiches Recht für alle! Hoffentlich sieht man demnächst in den Tageszeitungen andere Bestimmungen.

Verantwortlich: Für Inhalt: Dr. Fritz Goldmann; für Druck: Dr. Fritz Goldmann; für Anstalt: Dr. Fritz Goldmann; für Anstalt: Dr. Fritz Goldmann.



Anzeige aus dem Standesamts-Register für die Stadt Ludwigshafen.

Jan. 15. Maximilian Moses Gerold, Metzger und Corinna Detold. 16. Eduard Weigert, Bäcker und Elisabeth Voigé.

18. Wilhelm Schuster, Hafensarb. und Marie Kath. Sauter. 21. Martin Spärlin, Schuhmann und Susanne Maroffo.

17. Hans Kurt, S. v. Dr. Wiener, H.-A. 18. Karl Drch, S. v. Jakob Stech, Schlosser.

Als passendes Gelegenheits-Geschenk

empfehlen wir

Mannheim in „Sage und Geschichte“

Populär gedruckene volkstümlich gehaltene Erzählungen mit über 50 interessanten künstlerisch ausgeführten Abbildungen.

Jedem Mannheimer zum Einkauf aufs wärmste zu empfehlen.

Zu beziehen durch die

Broschüre M. 1.80

Expedition des „Mannheimer General-Anzeiger“

Gebunden M. 2.50

sowie durch alle Buchhandlungen.

Verkauf.

Gaus mit Regener u. elektr. Licht. Gaus mit Vaden und Klapp. Gaus mit Vaden und Klapp.

Raffenschrank

billig zu verkaufen. 4887 Schneibel, O 8, 8, Dinterich

Stellen finden

Auf das Bureau einer chemischen Fabrik wird zu baldigem Eintritt ein gewandter

Stenotypist

gesucht. Offerten mit Angabe der Gehaltsansprüche unter Nr. 57042 an die Expedition des Blattes.

Kranenführer

für einen elektrischen Kranen. Ferner

1 Laufbursche.

Strebelwerk G. m. H. Mannheim, Industr. Geleit zu sofort. Eintritt

Zum sofort. Eintritt gesucht

Einzelne für gute bürg. Rüche und etwas Hausarbeit. O 8, 10 H. 1794

Ordentl. Mädchen

zu sofort. Eintritt gesucht. Einzelne für gute bürg. Rüche und etwas Hausarbeit. O 8, 10 H. 1794

Dirigent gesucht.

Die Stelle eines tüchtigen Dirigenten eines auswärtigen Gesangsvereins, (Nähe Mannheim, gute Bahnverbindung) ist wegen Unfalls des seither

8000 — 10000 Mark

hervorragenden Neuheit (O.-R.-G.-M.) jährlich verdienen. Aus geringem Betriebskapital erzielbar

Stellen suchen

Ein junger Mann aus guter Familie mit guter Schulbildung sucht sich auf

Tüchtiger Elektro-Monteur

auch in der Gas- u. Wasserleitungsbranche gut erfahren, sucht dauernde Stellung.

Mietgesuche

Meiner Nebenm. Wohnung in Mannheim, 4 Zimmer, 1 Bad, 1 Kuche, 1 W.C., 1 Veranda, 1 Veranda, 1 Veranda.

Wirtschaften.

Wirtschafts-Vermietung. Zur Abhaltung der Wirtschaft, im „Concordia“, Mittelstraße 113, suchen wir einen gewandten, tüchtigen Wirt

Möbl. Zimmer

F 7, 18 11. Nähe Universität großes fein möbl. Zimmer an sel. Orten zu verm.

Läden.

Gabeln m. 1 Schanzen, ev. mit Wohnung sofort. Gabeln m. 1 Schanzen, ev. mit Wohnung sofort.

Wohnungen

Wohnung, 2. Stg., 4 Zimmer, 1 Bad, 1 Kuche, 1 W.C., 1 Veranda, 1 Veranda, 1 Veranda.

Möbl. Zimmer

M 2, 10 2 Z., gut möbl. Zimmer, an sel. Orten zu verm.

Möbl. Zimmer

M 5, 2 2 Z., gut möbl. Zimmer, an sel. Orten zu verm.

Möbl. Zimmer

S 3, 13 3 Z., gut möbl. Zimmer, an sel. Orten zu verm.

Möbl. Zimmer

S 6, 14 3 Z., gut möbl. Zimmer, an sel. Orten zu verm.

Schlafstellen.

T 2, 16 1 Z., beste Schlafstelle zu vermieten.

Kost und Logis.

Privat-Pension Ernst. H 7, 19a, part, Mittag u. Abendessen für 2 Personen

Jedes Fahrrad jede Nähmaschine jede Strickmaschine jede Schreibmaschine

Hugo Sieber Mechaniker Neckarau: Rathausstr. 21. Tel. 3492. Mannheim: O 5, 1. Teleph. 2570.



Abonnement: 50 Pfennig monatlich. Trägerlohn 10 Pfennig. Durch die Post bezogen inkl. Postzuschlag M. 1.21 pro Quartal.

# Mannheimer Journal

Interests: Die Kolonial-Beilage . . . 25 Hg. Auslandliche Interests . . . 20 Die Redaktions-Beilage . . . 1 Blatt

Telephon: Redaktion Nr. 377.

Amts- und Anzeigerkündigungsblatt.

Expedition Nr. 218.

Nr. 15.

Freitag, den 24. Januar 1908.

118. Jahrgang.

### Bekanntmachung.

Kauf in Heuboden beim Weir.  
Nr. 6404 L. Nachdem die Verkaufserlöse in der Sache des Weir-Verkaufes erfolgt sind, so werden die angeordneten Spezialregeln wieder aufgehoben.  
Mannheim, 21. Jan. 1908.  
Großh. Bezirksamt  
Weinberg III. 12058

### Bekanntmachung.

Kauf in Heuboden beim Weir.  
Nr. 7339 L. Die Verkaufserlöse in der Sache des Weir-Verkaufes sind erfolgt; die Spezialregeln sind aufgehoben.  
Mannheim, 21. Jan. 1908.  
Großh. Bezirksamt  
Weinberg III. 12057

### Rheinshiffahrt.

Rachfische, Saibling, Bitterling, etc. zu verkaufen.  
Mannheim, 23. Januar 1908.  
Gr. Rheinshiffahrt.  
Kaiserstr. 112.

### Polizei-Verordnung.

Zur Regelung des Sauberechts vor den Gebäuden des Rheinbundes...  
Mannheim, 22. Jan. 1908.  
Der Syndikus: Schöckl.

### Freiwillige Grundstücksversteigerung.

Auf Antrag der Erben des...  
Mannheim, 22. Jan. 1908.  
Der Syndikus: Schöckl.

### In der Straßstraße.

Die Angeklagte, Schreiner Anton...  
Mannheim, 22. Januar 1908.  
Gerichtsschreiber des Großh. 78014 Amtsgerichts A.

### Zugelaufen.

Daackel  
Mannheim, 22. Jan. 1908.

### Bekanntmachung.

Die Veränderung der...  
Mannheim, 22. Jan. 1908.  
Gr. Bezirksamt VII. V.

### Bekanntmachung.

Die Gemeinde...  
Mannheim, 22. Jan. 1908.  
Der Syndikus: Schöckl.

### Bekanntmachung.

Die Gemeinde...  
Mannheim, 22. Jan. 1908.  
Der Syndikus: Schöckl.

### Bekanntmachung.

Die Gemeinde...  
Mannheim, 22. Jan. 1908.  
Der Syndikus: Schöckl.

### Bekanntmachung.

Die Gemeinde...  
Mannheim, 22. Jan. 1908.  
Der Syndikus: Schöckl.

### Bekanntmachung.

Die Gemeinde...  
Mannheim, 22. Jan. 1908.  
Der Syndikus: Schöckl.

### Bekanntmachung.

Die Gemeinde...  
Mannheim, 22. Jan. 1908.  
Der Syndikus: Schöckl.

### Bekanntmachung.

Wahrgenommen zur...  
Mannheim, 22. Jan. 1908.  
Gr. Bezirksamt VII. V.

### Bekanntmachung.

Die Haltung von...  
Mannheim, 22. Jan. 1908.  
Gr. Bezirksamt VII. V.

### Bekanntmachung.

Die Gemeinde...  
Mannheim, 22. Jan. 1908.  
Der Syndikus: Schöckl.

### Bekanntmachung.

Die Gemeinde...  
Mannheim, 22. Jan. 1908.  
Der Syndikus: Schöckl.

### Bekanntmachung.

Die Gemeinde...  
Mannheim, 22. Jan. 1908.  
Der Syndikus: Schöckl.

### Bekanntmachung.

Die Gemeinde...  
Mannheim, 22. Jan. 1908.  
Der Syndikus: Schöckl.

### Bekanntmachung.

Die Gemeinde...  
Mannheim, 22. Jan. 1908.  
Der Syndikus: Schöckl.

### Dienstag, den 28. Januar, abends 7 1/2 Uhr.

findet in den Sälen des Volkshauses (Schloß) eine

## Öffentliche Versammlung

Die Aenderung des Beamtengesetzes u. der Gehaltsordnung

Nationalliberale Partei, Freisinnige Partei, Deutsche Volkspartei, Nationalsoziale Partei

### Gartenbau-Verein „Viora“.

Wannheim, Dienstag, 28. Januar 1908, 8 1/2 Uhr abends  
Gartenbau-Verein, Volkshaus  
Mitglieder-Versammlung.  
Zugordnung:  
1. Rednerische Begrüßung.  
2. Geschäftsbericht.  
3. Budgetentwurf.  
4. Wahl des Vorstandes.  
5. Verschiedenes.  
In jeder Sache ein Teilnehmer.  
Der Vorstand.

### Jagd-Verpachtung.

Der Herrschaft...  
Mannheim, 22. Jan. 1908.



### R 4, 15 R 4, 15

Telephon 3809.  
Vertrieb für...  
Mannheim.

### Fr. Rötter

H 5, 1  
Mannheim.

### Bester Rahostuhl.

Unvergleichliche Auswahl in allen Preislagen. 545/58

### Unterricht.

Wünscht sich...  
Mannheim.

### Engl. Unterricht.

Wünscht sich...  
Mannheim.

### Vermischtes.

Wünscht sich...  
Mannheim.

### Haupten.

Wünscht sich...  
Mannheim.

### Schreiberei.

Wünscht sich...  
Mannheim.

### Bekanntmachung.

Nachstehend bringen wir die auf Grund des § 3 der Viehsteuerverordnung...  
Mannheim, im Januar 1908.  
Die Direktion des Stadt. Schlacht- und Viehhofes: Fuchs.

### Bekanntmachung.

Nachstehend bringen wir die auf Grund des § 3 der Viehsteuerverordnung...  
Mannheim, im Januar 1908.  
Die Direktion des Stadt. Schlacht- und Viehhofes: Fuchs.

### Bekanntmachung.

Nachstehend bringen wir die auf Grund des § 3 der Viehsteuerverordnung...  
Mannheim, im Januar 1908.  
Die Direktion des Stadt. Schlacht- und Viehhofes: Fuchs.

### Bekanntmachung.

Nachstehend bringen wir die auf Grund des § 3 der Viehsteuerverordnung...  
Mannheim, im Januar 1908.  
Die Direktion des Stadt. Schlacht- und Viehhofes: Fuchs.

### Bekanntmachung.

Nachstehend bringen wir die auf Grund des § 3 der Viehsteuerverordnung...  
Mannheim, im Januar 1908.  
Die Direktion des Stadt. Schlacht- und Viehhofes: Fuchs.

### Bekanntmachung.

Nachstehend bringen wir die auf Grund des § 3 der Viehsteuerverordnung...  
Mannheim, im Januar 1908.  
Die Direktion des Stadt. Schlacht- und Viehhofes: Fuchs.

### Bekanntmachung.

Nachstehend bringen wir die auf Grund des § 3 der Viehsteuerverordnung...  
Mannheim, im Januar 1908.  
Die Direktion des Stadt. Schlacht- und Viehhofes: Fuchs.

### Bekanntmachung.

Nachstehend bringen wir die auf Grund des § 3 der Viehsteuerverordnung...  
Mannheim, im Januar 1908.  
Die Direktion des Stadt. Schlacht- und Viehhofes: Fuchs.

### Bekanntmachung.

Nachstehend bringen wir die auf Grund des § 3 der Viehsteuerverordnung...  
Mannheim, im Januar 1908.  
Die Direktion des Stadt. Schlacht- und Viehhofes: Fuchs.